Nr. 271 — Jahrgang 12 | Einzelnummer 0,20 Zl. | Freitag, den 25. November 1927

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.14 Zlp. Anzeigen unter Text 0.50 Zlp. von außerhalb 0.60 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 30. 11. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto: P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Der Vorvertrag abgeschlossen

Wie dürftig auch das Augenblickswerk ist, welches zwischen Deutschland und Polen bezüglich der Wirtschaftsbeziehungen am Mittwoch unterzeichnet worden ist, man muß es als einen Vorvertrag begrüßen, der hoffentlich durch diplomatische Verhandlungen bald einem Handelsvertrag Platz machen wird. Die Situation, welche beide Staatsmänner vorfanden, als sie an die Regelung der deutsch-polnischen Beziehungen herantraten, war nicht besonders günstig und es ist durchaus möglich, daß sich bei den Weiterverhandlungen noch mancherlei Schwierigkeiten ergeben werden, die aber zu überwinden sind, wenn der beiderseitige gute Wille, wie beim Vorvertrag herrschen wird. Es ist ein Verdienst Stresemanns, daß er die Widerstände im deutschen Kabinett überwunden hat, daß es zur mündlichen Aussprache zwischen ihm und den polnischen Sonderdelegierten kam, die schließlich das Provisorium zeitigten, wenn von einem solchen überhaupt gesprochen werden kann. Was den früheren Leitern der deutsch-polnischen Verhandlungen, Lewald und Prondzinski, nicht gelingen wollte, weil hinter den Kulissen zu viel Druck auf die Verhandlungsführer ausgeübt worden ist, wurde nach kurzer mündlichen Aussprache überwunden, der Vorvertrag ist abgeschlossen. Aber zu einem großen Optimismus reizt er nicht.

Polnischerseits wird zugegeben, daß der rasche Abschluß nur möglich war, weil deutscherseits Konzessionen gemacht worden sind und nun erwartet man in Berlin, daß man auch in Warschau etwas großzügiger werden wird. Hier verlangt Deutschland in erster Linie die Aufgabe der sogenannten Kampfzölle oder Goldzölle, wie sie letzthin benannt worden sind, die am 1. Dezember in Kraft treten und sich gegen alle die Staaten wenden, die mit Polen keinen Handelsvertrag getätigt haben. Diese sogenannten Maximalzölle waren als Kampfmaßnahme gegen das Reich gedacht, werden wohl jetzt aber ihre Wirksamkeit verlieren. Hingegen hat sich Polen bereit erklärt, hinsichtlich der deutschen Einfuhr ziemlich größere Zugeständnisse zu machen und ein weiteres Entgegenkommen stellt die Holzausfuhr nach Deutschland dar; aber das sind nur Einzelheiten, die noch technischer Regelung bedürfen. Im übrigen verweisen wir auf die heutigen offiziellen Berichte über den Vorvertrag.

Wir wollen auf den Inhalt dieses vorläufigen Abkommens nicht im einzelnen eingehen, denn es bleibt, wie bei allen Verträgen die Auswirkung abzuwarten, hinzukommt, daß die politischen Fragen gar nicht erwähnt sind. Aber in der Unterzeichnung des Abkommens liegt ein großer Fortschritt, ein offener Weg zur Verständigung, den man bisher nicht hat finden können. Wenn man auf polnische Presseäußerungen zurückgreift und zwar auch auf einen Teil der Regierungspresse, so muß man sagen, daß die Warschauer Regierung noch ziemlich große Schwierigkeiten haben wird, gutes Wetter für das Abkommen im Lande zu erbitten. Denn die Chauvinisten werden fragen, gegen welche politischen Konzessionen man den Vertrag erhalten hat, an dessen Zustandekommen man zunächst nicht geglaubt hat. Hier verweist man immer wieder auf die Reden einzelner deutscher Minister bezüglich des Ostlocarno und will von einer Verständigung nichts wissen, bevor nicht deutscherseits erklärt wird, daß der Versailler Vertrag unantastbar ist. In dieser Frage haben wir eine Verständigung als ausgeschlossen angenommen und können nun mit Befriedigung feststellen, daß man in Berlin vorsichtigerweise den politischen Fragen aus dem Wege ging und im Interesse der deutschen Wirtschaft, lediglich Wirtschaftsfragen behandelte, über die nun eine Verständigung erzielt worden ist. Wird sich der vorläufige Vertrag zur beiderseitigen Zufriedenheit auswirken, dann verschwinden auch eine Reihe politischer Spannungen und der Weg wird frei, zu einer völligen Verständigung. Wir geben uns darin keinen übereilten oder übermäßigen Hoffnungen hin und es wird wohl noch mehrerer Jahre bedürfen, ehe eine völlige Bereinigung der polnisch-deutschen Beziehungen eintreten wird. Schließlich werden auch hier die kommenden Neuwahlen in beiden Ländern das Werk der Verständigung fortsetzen.

In gutunterrichteten Kreisen werden im Zusammenhang mit dem Abschluß des Vertrages Gerüchte laut, die auf verschiedene Wechsel mit politischen Persönlichkeiten rechnen. Aber über diese heute schon zu sprechen, wäre verfrüht, könnte der Sache selbst nur schaden. Aber wie Lewald und Prondzynski abberufen worden sind, so dürften ihnen auch noch andere folgen und zwar nicht nur in den Delegationen selbst. Dies wird aber erst spruchreif, wenn man an den weiteren Komplex von Fragen herantreten wird, die der Abschluß eines Handelsvertrages notwendig macht und bis dahin dürften auch die polnischen Sejmwahlen beendet sein. Vielleicht wird dann auch in Polen ein neuer Wind hinsichtlich der nationalen Minderheiten wehen, die bei den Vertragsabschlüssen mit die Schwierigkeiten hervorrufen, den deutsch-polnischen Beziehungen hinderlich im Weg stehen. Aber darüber soll später noch ausführlich gesprochen werden. Allen, denen es aber an freundnachbarlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland liegt, gilt der Vorvertrag als der erste Schritt zur Verständigung zwischen den beiden Nationen.

—ll.

Geheimnisvolle Beratungen in Wilna

Pilsudski, Zaleski, Patek und Holowko konferieren — Vorberatungen für Genf — Die kritische Wilnafrage

Wilna. Zu der neuen Wilnakrise Pilsudskis wissen die Morgenblätter ergänzend aus Warschau zu berichten, daß sich in der Begleitung des Marschalls u. a. Außenminister Zaleski sowie der polnische Gesandte in Moskau, Patek befinde, der auf einer Reise von Moskau nach Warschau in Bialystok den Zug bestiegen habe. In polnischen amtlichen Kreisen werde die Reise Pilsudskis nach Wilna mit einer plötzlichen Erkrankung der Schwester des Marschalls erklärt. Zur Reise Zaleskis werde an der gleichen amtlichen Stelle mitgeteilt, sie stehe im Zusammenhang mit den polnischerseits getroffenen Vorbereitungen für die kommende Völkerbundstagung, wo der Außenminister bei den Verhandlungen über die wegen Verfolgung der litauischen Minderheit im Wilnaer Lande eingebrachten litauischen Klagen den polnischen Standpunkt zu vertreten hätte.

Die Reise steht im Zusammenhang mit den russischen Angriffen auf Polen, die von einem Ueberfall auf Litauen sprechen. Den Beratungen kommt große Bedeutung zu, wenn auch die russischen Verdächtigungen als übertrieben gelten können. Auch Litauen bereitet sich für Genf vor, wie die Koalitionsverhandlungen Woldemaras in Kowno zeigen.

Litauisch-polnische Pressefehde um die Wilnabeschwerde

Kowno. Die Kownoer „Lietuwa“ wendet sich in einem Artikel gegen die Stellungnahme des „Kurjer Poranny“ zu der litauischen Wilnabeschwerde bei dem Völkerbund. Das polnische Blatt behauptet, die Klage Litauens enthalte kein Material, das der Prüfung durch die vorgeschlagene Dreierkommission wert wäre. Es seien von Polen lediglich Agenten eines kleinen Staates festgenommen worden, der nicht einmal diplomatische Beziehungen zu Polen unterhalte. Es seien ferner einige Schulen geschlossen worden, die nur Haß gegen den eigenen Staat säten. „Lietuwa“ schreibt dazu: Nach dem Kongreß in Wilna hätten sich die Litauerverfolgungen im Wilnaer Gebiet in einem neuen Lichte gezeigt. Die Repressalien im Wilnagebiet hätten anscheinend Polenverfolgungen durch die Litauer provozieren sollen. Warschau spreche zwar stets vom Frieden. Wie aber könne sich die Welt ruhig verhalten, wenn ein Mitglied des Völkerbundes jedes Mittel versuche, seinen Nachbarn zu überfallen und zu vernichten?

Stanislaus Przybiszewski gestorben

Berlin. Nach einer Meldung der Morgenblätter aus Posen ist auf dem Gute Jaronki in der Nähe von Hohensalza der bekannte polnische Dichter und Kritiker Stanislav Przybiszewski im Alter von 89 Jahren gestorben. Er wohnte während seiner ersten Wirkungsjahre in Berlin und schrieb in deutscher Sprache.

Dr. Jackowski nach Warschau abgereist

Günstiger Eindruck über die Berliner Verhandlungen — Der Abbau des Zollkrieges

Berlin. Der polnische Sondergesandte, Ministerialdirektor Dr. Jackowski, der am Mittwoch abend Berlin verlassen hat, gab kurz vor seiner Abreise einem Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung“ die nachstehenden Erklärungen über seine Besprechungen mit Dr. Stresemann:

„Im März dieses Jahres war anläßlich der Völkerbundstagung zwischen den Außenministern Deutschlands und Polens vereinbart worden, daß man sich über die Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen schlüssig werden wolle. Vorher sollte jedoch eine

grundsätzliche Lösung der Hauptschwierigkeiten

durch Meinungsaustausch auf diplomatischem Wege gefunden werden. Die Hauptschwierigkeiten zeigten sich in den bereits vorangegangenen Delegationsverhandlungen auf dem Gebiete der Niederlassung einerseits, sowie der Einfuhr von Kohlen und Viehzuchtprodukten nach Deutschland anderseits. Die erste Etappe des direkten Meinungsaustausches führte zu einer Klärung der Niederlassungsfrage.

Im Juli dieses Jahres wurden gemeinsame, diese Frage regelnde Grundsätze für den künftigen Handelsvertrag festgelegt. Die zweite Etappe sollte eine ähnliche Klärung in den beiden erwähnten Wirtschaftsfragen zur Folge haben. Ich kam zu dem Zweck nach Berlin, um durch direkten Meinungsaustausch mit Herrn Reichsminister Stresemann die Handelsvertragsverhandlungen in dieser Hinsicht vorzubereiten. Während meiner Unterredungen in Berlin war man beiderseits bestrebt, einen beide Teile zufriedenstellenden Ausgangspunkt

für eine Entspannung der wirtschaftlichen Beziehungen

zu finden, wobei man deutscherseits in der Frage der Vieheinfuhr und Fleischeinfuhr aus Polen der gegenwärtigen schwierigen Lage der deutschen Landwirtschaft Rechnung tragen zu müssen glaubte. Unter Berücksichtigung dieser Umstände kamen wir zu der Ueberzeugung, daß die deutschen Angebote auf diesen Gebieten eine Grundlage für ein vorläufiges Abkommen werden könnten, das einerseits

eine wesentliche Entspannung

in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern herbeiführen, andererseits auf die endgültigen Handelsvertragsverhandlungen günstig einwirken würde. Die Verhandlungen zwischen den beiden Hauptbevollmächtigten zum Abschluß eines solchen modus vivendi sollen demnächst in Warschau beginnen. Gleichzeitig werden wir auch die Verhandlungen für einen endgültigen Handelsvertrag aufnehmen. Eine Einleitung zu der beiderseits erwünschten Entspannung in den wirtschaftlichen Beziehungen bildet das von Herrn Reichsminister Dr. Stresemann und mir paraphierte Holzabkommen, das noch diese Woche in Warschau unterzeichnet werden und am 1. Dezember dieses Jahres in Kraft treten wird. Es ermöglicht neben der Ausfuhr von Rundholz auch die Schnittholzausfuhr von Polen nach Deutschland, wobei die gegenwärtigen Zollsätze beibehalten werden. Polen hat seinerseits gewisse Kontingente, deutscher Industrieerzeugnisse, die auf Grund der Kampflisten zur Einfuhr verboten sind,

zur Einfuhr nach Polen freigegeben.

Nachdem dieser erste Schritt zum Abbau des Zollkrieges getan worden ist, hege ich die Hoffnung, daß wir in der angedeuteten Richtung fortschreiten und zu einem für beide Länder günstigen Ergebnis gelangen werden.

Während meines Aufenthaltes in Berlin wurde mir in äußerst liebenswürdiger Weise die Gelegenheit geboten,

einen Meinungsaustausch mit führenden Persönlichkeiten des deutschen politischen und wirtschaftlichen Lebens zu führen.

Ich habe dabei mit Genugtuung die Ueberzeugung verstärken können, daß man auch auf deutscher Seite bestrebt ist, eine Regelung der wechselseitigen Wirtschaftsbeziehungen herbeizuführen die die Grundlage zu dem intensiven Warenaustausch zwischen beiden Ländern bilden könnte.

Genf und die Danzig-polnischen Beziehungen

Genf. Im Völkerbundssekretariat ist ein Bericht des Danziger Völkerbundskommissars van Hamel eingetroffen, in dem eingehend dargelegt wird, aus welchen Gründen die vom Rat im September gewünschten direkten Verhandlungen zwischen Danzig und Polen über die Rechte Polens, im Danziger Anlegehafen nicht stattgefunden haben. Der Bericht teilt mit, daß nach Eingang der Stellungnahmen Danzig und Polen bei van Hamel unter seinem Vorsitz eine Sitzung stattgefunden habe, an der je ein Vertreter Danzigs und Polens sowie der Präsident des Danziger Hafenausschusses teilgenommen haben. Hierbei habe der Danziger Vertreter die grundsätzliche Bereitwilligkeit des Senats zur Weiterführung der Verhandlungen betont, der polnische Vertreter jedoch die Fortsetzung der Verhandlungen abgelehnt, daß er eine mehrwöchentliche Frist zur Prüfung der Danziger Stellungnahme benötige. Infolge dieser Haltung des Vertreters Polens konnten also die vom Völkerbundsrat gewünschten direkten Verhandlungen nicht stattfinden. Es erscheint daher zweifelhaft; ob der Rat im Dezember eine sachliche Beratung dieser auf der Tagesordnung stehenden Frage vornehmen wird. Man hält es in Völkerbundskreisen gegenwärtig für wahrscheinlich, daß der Rat die Angelegenheit dem Marineunterausschuß des ständigen Militärausschusses des Völkerbundes zur Stellungnahme zuleiten wird.

Ukrainische Stimme zu Deutschlands Polenpolitik

Die deutsch-polnischen Vertragsverhandlungen werden von den in Berlin lebenden ukrainischen Kreisen mit kritischer Aufmerksamkeit beobachtet und wenig optimistisch beurteilt. Der Berliner Mitarbeiter des Ost-Asien-Dienstes, nahm daher Gelegenheit, sich mit einem der ältesten und erfahrensten ukrainischen Politiker, dem noch aus der Kriegszeit her bekannten ukrainischen Reiteroberst v. S., über die deutsch-polnische Frage zu unterhalten. Der Oberst, ein trotz seiner grauen Jahre rüstiger und kampflustiger Freund Deutschlands, äußerte sich wie folgt:

„Trotzdem der ukrainische und der deutsche Komplex gegenwärtig noch zwei verhältnismäßig schwache politische Faktoren darstellen, bewegt beider Entwicklungskurve sich doch seit dem gemeinsamen Zusammenbruch von 1918 in aufsteigender Linie. Ihre Perspektiven stehen damit sowohl wirtschaftlich als auch politisch in einem Wechselverhältnis. So läßt sich schon jetzt zu den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen sagen, daß sie, insofern ein Vertrag auch eine politische Entspannung bringen muß, die Position der Ukrainer gegenüber Polen schwächen werden. Denn ein solcher Vertrag käme tatsächlich doch einer Milderung der Spannung um den status quo gleich: Wirtschaftlich dagegen gewinnen durch den Handelsvertrag Deutschland wie der ukrainische Komplex, würde doch ein geregelter erhöhter deutscher Warenabsatz in Polen seine natürlichen Wege auch zu den 7 Millionen Ukrainer in Polen finden, sowie im „stillen“ Transit durch Polen und über Polens Grenzen zur Großukraine. Wollte Polen darüber hinaus großzügig handeln, so würde es die Warennorm aus Deutschland nicht allein unter dem Gesichtspunkt des deutsch-polnischen Verkehrs aufstellen, sondern auch der Möglichkeit, ein gewisses Kontingent im Zwischenhandel nach der Großukraine bringen zu können. Eine solche Entwicklung läge auch bei den gegenwärtigen polnisch-russischen Verhältnissen im Interesse sowohl Polens als auch der Großukraine. Warschau kennt die Zusammenhänge sehr genau, aber es betrachtet sie alle ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des eigenen Gewinns. Bekanntlich sieht Warschau sich als das Ausgangsgebiet für den ukrainischen Ostsee-Export an und ist bestrebt, diesen Export zu monopolisieren und zwischen der Großukraine und Deutschland jedwede politische Tuchfühlung zu verhindern. Im entgegengesetzten Falle, d. h. bei der Mitberechnung seiner Zwischenstellung im loyalen Sinne erhielte Polen nicht nur materielle Gewinne im Zwischenhandel, sondern auch wirtschaftliche Konkurrenzmöglichkeiten gegenüber Moskau, dessen Warenverkehr mit dem Westen über die baltischen Staaten sich einen weiten Vorsprung zu verschaffen weiß. Es ist aber eine noch immer zu wenig gewürdigte Tatsache, daß Rußlands Ein- und Ausfuhr sehr wesentlich auf der Wirtschaftsstärke der Ukraine beruht und daß der kürzere Weg normalerweise der billigere ist.

Aber diese offenkundigen wirtschaftlichen Vorteile Polens, und nicht nur Polens allein, werden von Warschau bestimmt nicht in Betracht gezogen werden. Polen fühlt sich nach seiner inneren Stabilisierung so stark, daß es glaubt, Deutschland seine eigene Initiative aufdrängen zu können. D. h. Polen wird den Ausgleich mit Deutschland als beginnenden Verzicht Deutschlands auf eine Aenderung des status quo ansehen und dies im Interesse seiner Ukrainepolitik ausnutzen. Zwei Geschichtsbeispiele zeigen, wie eine unfertige deutsche Ukrainepolitik die Position der Ukraine selbst gegenüber Polen geschwächt hat, wie man sich ja überhaupt nicht vorstellen kann, daß ein großes Polen bei dem Vorhandensein einer starken Ukraine hätte aufkommen können. Im 16. Jahrhundert mußte die Ukraine sich an Moskau anlehnen, als sie Preußen als Verbündeten gegen Polen verlor. Und 1917—18 wäre ein Sonderfriede der Mittelmächte mit der Ukraine schon einige Monate vor Brest-Litowsk möglich gewesen, wenn Deutschland die politische Emanzipierung der Ukraine rechtzeitig erkannt und freiwillig anerkannt hätte, anstatt sich in Brest erst später gegenüber den Bolschewisten dazu zu entschließen, was die Ukraine als emanzipierte Einheit geschwächt hat.“

Rakowski über Rußlands Außenpolitik

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, sprach gestern auf der 16. Parteikonferenz der Moskauer Partei unerwarteterweise Rakowski zur russischen Außenpolitik. In seinen Ausführungen betonte er, daß die russischen Außenpolitik sich in falschen Bahnen bewege. Seine Ausführungen wurden von der Parteikonferenz stürmisch abgelehnt.

Das deutsch-polnische Vorabkommen

Die neuen Verhandlungsleiter Dr. Hermes und Dr. Twardowski

Berlin. Ueber das in Berlin abgeschlossene deutsch-polnische Vorabkommen erfahren wir noch folgende Einzelheiten:

Das zwischen dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann und dem polnischen Bevollmächtigten Jackowski abgeschlossene Abkommen, ist als eine Art Rahmenabkommen zu bewerten, das den Inhalt der in Berlin geführten Verhandlungen festlegt und von beiden Verhandlungsführern unterzeichnet worden ist. Dieses Abkommen legt die Grundlinien des gesamten Verhandlungskomplexes fest, verzeichnet die beiderseitigen Wünsche und steckt auch in materieller Hinsicht den Rahmen der kommenden Verhandlungen ab, ohne daß bereits Kontingente endgültig fixiert worden wären. Die Verhandlungen von Delegation zu Delegation sollen in kurzer Zeit beginnen. Zunächst werden die beiderseitigen Delegationsführer persönlich Fühlung nehmen und dann dürften in etwa 8—10 Tagen die detaillierten Verhandlungen beginnen. Man hofft, noch im Laufe des Dezember ein vorläufiges Abkommen zu schließen, dessen Hauptzweck es sein soll, die Kampfmaßnahmen abzubauen und die hauptsächlichen Verhandlungsmaterien, wie Kohle und Schweine, ferner auch die bereits im Juni im wesentlichen geregelten Niederlassungs- und Aufenthaltsfragen endgültig festzulegen. Zu Beginn des nächsten Jahres sollen dann die Verhandlungen zum Abschluß eines definitiven Vertrages fortgesetzt werden.

Das gleichzeitig in Berlin abgeschlossene Holzabkommen ist von dem Reichsaußenminister und dem polnischen Bevollmächtigten parafiert worden. Gesandter Rauscher begibt sich noch heute wieder nach Warschau, um noch einige Rechtsfragen mit der Warschauer Regierung über dieses Abkommen zu regeln, dann dürfte das Holzabkommen am Freitag oder Sonnabend in Warschau unterzeichnet werden. Das Kontingent Schnittholz, zu dessen Uebernahme sich Deutschland verpflichtet hat, beträgt etwa das Doppelte der Menge, die ohnehin bisher nach Deutschland hereinkam, 1½ Millionen Doppelzentner.

Die neuen Verhandlungsleiter

Twardowski Führer der polnischen Delegation?

Warschau. Der polnische Minister Dr. Tardowski ist Mittwoch abends aus Wien hier eingetroffen. Wie verlautet, steht seine Reise im Zusammenhang mit seiner voraussichtlichen Ernennung zum Führer der polnischen Delegation für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen in Berlin. Twardowski war früher in Oesterreich eine Zeit lang Minister für Galizien.

Hermes Führer der deutschen Delegation

Berlin. Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist in der Mittwoch-Kabinettssitzung Reichsfinanzminister a. D. Dr. Hermes an Stelle von Staatssekretär Lewald zum Führer der deutschen Delegation für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen ernannt worden.

Macdonald über die Revision der Friedensverträge

London. Auf einer internationalen Friedenskundgebung in London sprach Mittwoch Abend Ramsay Macdonald über die Abrüstung. Es genüge nicht, so erklärte Macdonald, vom Frieden zu reden und zu betonen, daß der Krieg eine unsinnige Zerstörung sei. Trotz aller Verluste und aller Lasten des Krieges sei Europa immer noch davon überzeugt, daß der beste Weg zur Friedenssicherung die Vorbereitung auf den Krieg sei und daß die Rüstungen den einzigen Weg zur Sicherung der Staaten darstellten. Die Abrüstung sei gegenwärtig lediglich eine Frage der Budgetverminderung. Er sehe keinen Grund, warum England seinen Widerstand gegen die Unterzeichnung der verbindlichen Schiedsgerichtsklausel des Haager Schiedsgerichtshofes fortsetzen solle, nachdem das Beschreiten anderer Wege vielfache Fehlschläge gebracht habe. Die Ungerechtigkeiten in den Friedensverträgen müßten beseitigt werden, aber die Revision müsse auf dem richtigen Wege erfolgen. Die Friedensverträge könnten nicht für zwei weitere Generationen in Wirksamkeit bleiben, ohne mit Sicherheit zum Ausbruch eines neuen Krieges zu führen.

Der Wortlaut der arbeiterparteilichen Entschließung gegen Baldwins Kabinett

London. Die Friedens- und Abrüstungsdebatte im Unterhaus wird durch eine von Macdonald begründete Entschließung der Arbeiterpartei eingeleitet werden, die folgenden Wortlaut hat:

„Das Haus bedauert die mangelnde Vorbereitung der Regierung für die Genfer Flottenabrüstungskonferenz und den militärischen Charakter der britischen Delegation für diese Konferenz, der in ernstem Maße zu dem Fehlschlag dieser Konferenz beitrug, den langsamen Fortschritt der vom Völkerbund eingesetzten vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz und die Ablehnung der britischen Regierung, die Prinzipien der Schiedsgerichtsbarkeit anzunehmen, sowie ein durch den Völkerbund garantiertes Schema für die internationale Sicherheit vorzulegen.

Ein deutsch-polnisches Grenzregelungs-Abkommen

Berlin. Am 22. November hat im Auswärtigen Amt der Austausch der Ratifikationsurkunden zu dem Abkommen zwischen Deutschland und Polen über die Verbesserung und Unterhaltung des Wasserlaufs, der die deutsch-polnische Grenze bildenden Strecke des Drewenzflusses stattgefunden. Das Abkommen tritt am 7. Dezember in Kraft.

Die Stellung Dr. Benesch geschwächt?

Prag. Wie aus Kreisen der Regierungsparteien verlautet, hat Dr. Benesch den tschechischen Nationalisten gegenüber sich dahin geäußert, daß es ihm unmöglich sein werde, die Sozialversicherungs-Novelle als Minister zu unterschreibei. Durch seinen heftigen Angriff auf den von den tschechischen Nationaldemokraten als künftigen Handelsminister bezeichneten Abgeordneten Matouschek gilt die Stellung Dr. Benesch's bei den bürgerlichen Parteien der Regierungsmehrheit als geschwächt.

Die Lage in China

Berlin. Die chinesische Nachrichtenagentur meldet aus Schanghai: Die Truppen des Generals Feng und die Südarmee stoßen gegen die Stadt Hsutschaufu vor, um sie von Südwesten und Süden her einzuschließen. Es hat den Anschein, als ob die geänderte militärische Lage Japan veranlassen wird, abermals Truppen nach Schantung zu entsenden. General Hotschien ist gestern in Schanghai eingetroffen, um sich an der hier stattfindenden Parteikonferenz zu beteiligen.

Tschangtsolin will Kaiser von China werden

Tokio. Wie die japanische Zeitungskorrespondenten aus Peking berichten, trifft Tschangtsolin Vorbereitungen, sich zum Kaiser von China ausrufen zu lassen. Das Krönungsornat ist bereits in Sutschau, dem traditionellen Herkunftsort feinster Seidenwaren, bestellt worden. Tschangtsolin will China wieder zu seiner Bedeutung als „machtvoll sich ausdehnendes Reich“ verhelfen.

Die Mission des Dr. Fu-Mandschu

Roman von Sax Rohmer.

32)

Guthries Atem ging schwer. Ich wußte, daß wir zu dreien waren, daß der Hoteldetektiv sich unweit von uns bereit hielt, daß sich ein Telephon im Zimmer befand, daß unten noch reger Verkehr herrschte. Aber ich wußte auch — und ich schäme mich nicht, es zu gestehen —, daß die Furcht ihre eisigen Finger in mein Herz krallte. Es war grausig — dies nervenzerrüttende Warten — auf was?

Es tickte deutlich dreimal gegen die Scheibe!

Graham Guthrie erschrak derart heftig, daß das Bett krachte. „Es ist übernatürlich!“ flüsterte er. „Nichts Menschliches kann an das Fenster gelangen!“

„Sst!“ warnte Smith. „Bleiben Sie, wo Sie sind!“

Das Ticken wiederholte sich. Smith durchquerte leise das Zimmer und stieß das Fenster auf. Mein Herz hämmerte schmerzhaft; länger tatenlos zuzuschauen, war unmöglich. Ich trat neben meinen Freund, und beide blickten wir in die Nacht hinaus.

„Gehe nicht zu nahe heran!“ raunte Smith.

Wir standen rechts und links vom Fenster und schauten über die schimmernde Themse hinweg nach den schattenhaften Umrissen der Gebäude am gegenüberliegenden Ufer.

Ueber unseren Köpfen erklang wiederum das dreimalige Ticken gegen die Scheibe.

Alles, was ich bis dahin im Falle Fu-Mandschu erlebt, war nicht so schaurig gewesen wie dieses Geräusch. Welches burmanische Ungeheuer hatte Fu-Mandschu jetzt losgelassen? War es draußen in der Luft? Oder hier im Zimmer?

„Laß mich nicht los, Petrie!“ zischte Smith plötzlich. „Halte mich fest!“

Es war in der Tat höchste Zeit, denn schon fürchtete ich, daß irgendeine grauenvolle Zaubermacht meinen Freund veranlassen würde, sich aus dem Fenster zu stürzen. Verzweifelt umschlang ich ihn mit beiden Armen; auch Guthrie eilte zur Hilfe.

Smith neigte sich hinaus und blickte nach oben. Ein erstickter, unartikulierter Laut kam über seine Lippen — ich spürte, wie sein Körper meinem Griff entglitt — aus dem Fenster gezogen wurde... in den Tod!

„Halten Sie ihn, Guthrie!“ keuchte ich, rot vor Anstrengung. „Mein Gott, er fällt! Halten Sie ihn!“

Mein Freund krümmte sich in unserer Umklammerung. Ich sah, wie er den Arm hob. Der Schuß seines Revolvers krachte. Dann taumelte Smith ins Zimmer zurück, mich bei seinem Fall mitreißend.

Als ich stürzte, hörte ich über mir einen lauten Schrei. Smiths Revolver sauste durch die Luft. Gleich darauf glitt ein schwarzer Schatten am offenen Fenster vorbei und verschwand im Abgrund der Nacht.

„Licht! Licht!“ schrie ich.

Guthrie schaltete die elektrische Lampen ein. Mit Augen, die fast aus ihren Höhlen traten, und gedunsenem Gesicht zerrte Nayland Smith an einem Seidenstrick, der um seinen Hals geschlungen war.

„Es war ein Thug, ein Mitglied jener verfluchten indischen Meuchlerbande!“ rief Guthrie. „Die Schnur los! Smith erstickt.“

Mit zitternder Hand ergriff ich den würgenden Faden. „Ein Messer! Schnell! Ich habe meines verloren!“

Guthrie stürzte zum Toilettentisch und brachte ein Federmesser. Ich zwang die Klinge zwischen Schnur und Smiths blau angeschwollenen Hals und durchschnitt den tododrohenden Seidenstrick.

Smith stöhnte schmerzhaft auf und sank bewußtlos in meine Arme.

Als wir später neben der unkenntlich zugerichteten Leiche standen, die man ins Hotel getragen, zeigte mir Smith ein Mal auf der Stirn des Toten — unweit der Einschußwunde, die die Kugel meines Freundes verursacht hatte.

„Das Zeichen Kalis!“ erklärte er. „Der Mann war ein sogenannter Phansigar — ein religiöser Würger. Da Fu-Mandschu Dakoits in seinem Gefolge hat, lag eigentlich die Annahme nahe, daß er auch Thugs um sich haben würde. Eine Anzahl dieser Teufel scheint sich nach Burma geflüchtet zu haben, so daß also die geheimnisvolle Epidemie in Rangun ihnen zuzuschreiben war. Mein unerwarteter Widerstand veranlaßte den Würger, den Strick anzuziehen. Haben Sie gesehen, wie fest er saß? Das war falsch! Die richtige Methode ist, die Schnur lose um den Hals des Opfers zu werfen und es aus dem Fenster zu reißen. Ein Mensch, der sich aus dem Fenster lehnt, besitzt an und für sich kein richtiges Gleichgewicht mehr. Ein kurzer Ruck genügt, ihn vornüberzuwerfen, und die Schnur gleitet, wenn das Opfer stürzt, nicht aus der Hand des Mörders. Es bleibt somit keine Spur zurück. Leicht erklärlich also, daß gerade dieses System von Fu-Mandschu bevorzugt wird!“

Graham Guthrie starrte leichenblaß auf den Toten. „Ich verdanke Ihnen mein Leben, Herr Smith! Wären Sie nur fünf Minuten später gekommen...“ Er drückte meinem Freund die Hand. „Sehen Sie, niemand hat damals einen Thug in Burma vermutet. Und niemand dachte an das Dach! Die Kerle sind gewandt wie die Affen; wo ein normaler Mensch sich ohne Zweifel das Genick brechen würde, fühlen sie sich in ihrem Element. Ich hätte für den beabsichtigten Zweck kein geeigneteres Zimmer bewohnen können.“

„Er hat sich heute abend eingeschlichen!“ erklärte Smith. „Der Hoteldetektiv sah ihn; aber diese Inder bewegen sich lautlos wie Schatten. Es gelingt einfach nicht, sie zu fassen!“

„Aber, Smith, was ist das Motiv des Jammerrufs?“ fragte ich. —

„Teilweise wohl religiöse Vorschrift, teilweise wird er das Opfer wecken sollen. Du willst nun sicher wissen, wie Fu-Mandschu über solche Fanatiker, wie die Phansigars es sind, Macht gewinnen konnte? Ich kann darauf nur erwidern, daß der chinesische Doktor geheime Kenntnisse besitzen muß, von denen wir nichts ahnen. Aber trotz diesem allen mache ich allmählich Fortschritte.“

„Das stimmt!“ nickte ich. „Doch der heutige Sieg kostete dich beinahe das Leben.“

„Dir verdanke ich meine Rettung, Petrie! Einmal der Kraft deiner Arme und das andere Mal...“

„Sprich nicht davon!“ fiel ich ihm ins Wort. „Doktor Fu hat vielleicht inzwischen entdeckt, welche Rolle unsere schöne Unbekannte gespielt hat. Und in diesem Fall...“

„.... möge Gott ihr beistehen!“

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Schafft ein Notbehelfsgesetz für die Arbeitslosen

Eine jede soziale Versicherung hat verschiedene Hintertürchen, durch welche Versicherungsanstalten entschlüpfen und sich vor der Zahlung der Versicherungssumme drücken können. Der Mann von der schweren körperlichen Arbeit, so lange er jung und kräftig ist, kümmert sich sehr wenig um die Versicherungen, denen er zwangsweise die Beiträge zahlen muß. Ganz abgesehen von allen den sogenannten Schwindelversicherungen, durch Abonnieren einer Zeitschrift, wollen wir uns nur mit den Zwangsversicherungen befassen, wie Krankenkassen, Pensionskassen usw. Dort werden dem Arbeiter die Beiträge zwangsweise von seinem Verdienste einbehalten. Als der Weltkrieg am 1. August 1914 ausgebrochen ist, mußten Tausende von Bergarbeitern der verschiedenen preußischen Knappschaftsvereine in den Krieg. Selten einer kam vor Ablauf eines Jahres zurück. Nach den damals bestehenden Satzungen mußte ein jeder seiner Mitgliedschaft verlustig gehen, wenn er vor Ablauf von 12 Monaten die Anerkennungsgebühr zur Knappschaft nicht entrichtet hätte. Die Knappschaftsverwaltungen wußten das und schwiegen sich aus in der Ansicht, daß sie dann soviel Mitglieder aus der Liste streichen und von neuem aufnehmen können. Nun gab es aber Leute, die das wußten und an erster Stelle der verstorbene Kamerad Otto Huhe vom Deutschen Bergarbeiterverband, der zugleich in dieser Zeit Reichstagsabgeordneter war. Es ist ihm gelungen, eine Mehrheit im Parlament zu finden, mit der es gelang, die eingezogenen Bergleute vor solchen großen Schäden zu bewahren. Ein Notbehelfsgesetz wurde angenommen, daß Knappschaftsmitglieder während ihrer militärischer Dienstzeit von der Zahlung der Anerkennungsgebühr befreit wurden und die Kriegszeit ihnen als Mitgliedschaft angerechnet werden mußte. Tausenden wurde ihre Pension dadurch gerettet. Wie sieht das heute mit den Tausenden der Arbeitslosen aus? Manche sind schon 2—3 Jahre und mehr arbeitslos. Zu Hause sitzen eine Portion Kinder, die nach Brot schreien und während der kalten Winterszeit auch Bekleidung brauchen. Viele von den Arbeitslosen haben in ihrer großen Bedrängnis vergessen, oder sie waren es gar nicht in der Lage, Anerkennungsgebühr zu zahlen. Nun haben wir Fälle zu verzeichnen, wo plötzlich der Arbeitslose verstorben ist und er hinterläßt eine Witwe und 2 bis 5 unerzogene Kinder. Die Witwe verlangt jetzt für sich die Witwenpension und für ihre Kleinen das Waisengeld. Sie erschrickt aber, wenn der Postbote mit einem Einschreibebrief von der Administration der „Spolka Bracka“ in ihrer Wohnung erscheint und ihr ein „Orzeczenie“ aushändigt, in welchen ihre Forderungen rundweg abgelehnt werden, weil die Anerkennungsgebühr in der vorgeschriebenen Karenszeit nicht entrichtet wurde. Alles Klagen und Jammern hat nun mehr keinen Zweck, die ganzen Mitgliedsjahre, wo die vollen Beiträge entrichtet wurden, sind in nichts verwandelt worden. Kein Verwaltungsgericht kann sich dieser armen Geschöpfe erbarmen, weil die nackten Paragraphen in den Knappschafts-Satzungen dies nicht erlauben.

Nun entsteht die Frage dahin. Könnte man auch nicht so ein Notbehelfsgesetz für die Arbeitslosen schaffen, daß sie während ihrer Arbeitslosigkeit von der Zahlung der Anerkennungsgebühr befreit würden? — — Könnten die Sejmabgeordneten nicht einmal dazu Stellung nehmen? Von wo soll der Arbeitslose noch Geld für Anerkennungsgebühr übrig haben? Wenn man früher geahnt hätte, daß wir einer so kritischen Wirtschaftskrise entgegen gehen, dann hätten die Knappschaftsältesten und auch die Sejmabgeordneten dazu Stellung nehmen müssen. Die Wirtschaftskrise kam im Schneckentempo langsam angewalzt und hat die Arbeiterschaft in allem unterjocht. Es muß doch ein jeder etwas nur denkender Mensch zugeben, daß den Arbeitslosen dadurch ein unbeschreiblicher Verlust entstanden ist. Jahrelang hat so mancher seine Beiträge in die Knappschafts-Pensionskassen entrichtet und weil er als Arbeitsloser die Anerkennungsgebühr nicht zahlen konnte, hat er sämtliche Ansprüche aus diesen Kassen nicht nur für sich, sondern auch für seine Frau und Kinder für immer verloren.

Hier muß sich doch unter allen Umständen eine Abänderung schaffen lassen.

Betriebsrätekongreß der Eisen- und Metallhütten

Um den 8-Stundentag — Gegen das Ueberstundenwesen — Streikgefahr

Die Organisationen der Metallarbeiter haben den langwierigen Verhandlungen gegenüber in der Frage des 8-Stundentages sich entschlossen, endgültig und restlos mit der teilweisen Ueberleitung zu brechen. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen und die Produktionssteigerung sprechen für die restlose Ueberleitung zum 8-Stundentag. Nachdem bereits vor Wochen die Gewerkschaften unter Fühlungnahme mit ihren Mitgliedern die Frage durchberaten hatten, hatten sie einen Betriebsrätekongreß für den 23. d. Mts., vorm. 10 Uhr nach dem Volkshaus Krol.-Huta einberufen. Pünktlich wurde dieser Kongreß durch den Vorsitzenden eröffnet. Nach Begrüßung der Delegierten wurde auch der Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes von der deutschen Seite, der als Gast anwesend war, willkommen geheißen. Die gehaltenen Referate vom Kollegen Kubik und Sejmabgeordneten Buchwald wurden mit voller Zufriedenheit entgegengenommen. Die Ausführungen enthielten die Begründung der Notwendigkeit des 8-Stundentages vom wirtschaftlichen und sozialen Standpunkt, die Notwendigkeit im Interesse des Staates einer gesunden Volksschicht. Einen sehr breiten Raum wurde der Einführung des 10-Sundentages gegeben, um den Delegierten wichtige Erklärungen nicht vorzuenthalten. Nachdem das Verhältnis der Arbeitszeit in Deutsch-Oberschlesien besprochen worden ist, ging man zu der Behandlung der örtlichen Arbeitszeit über und insbesondere wurde die Pausenfrage erörtert. Die Pausenfrage ist ein hemmendes Uebel bei der Ueberleitung und für die Arbeitslosen eine Gefahr. Bei dem heutigen Pausenverhältnis werden Ueberstunden und Ueberschichten ohne Prozente gearbeitet und den Arbeitslosen nicht geholfen. Der Arbeitgeber stützt sich insbesondere darauf, daß die Arbeiterschaft den 8-Stundentag nicht verlangt und darum muß von seiten der Arbeiterschaft zum Ausdruck gebracht werden, wie sie zu der Frage steht. An Hand von praktischen Beispielen aus der Erfahrung unserer Industrie wurden die Referate abgeschlossen.

Nach Wiederbeginn wurde der inzwischen eingetroffene Vertreter des Herrn Demobilmachungskommissars begrüßt, welcher den weiteren Fortgang der Verhandlung persönlich zur Kenntnis nahm. Nachdem der Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes aus Deutsch-Oberschlesien die Aufklärung über das dortige Arbeitszeitgesetz gegeben hatte, wobei er besonders auf die Kampfansage der Arbeitgeber gegenüber der Arbeiterschaft wie der Regierung hinwies, führte er weiter aus, daß mit dem 1. Januar 1928 drüben , falls der 8-Stundentag kommt, mit der Aussperrung zu rechnen sei. Dabei kommen evtl. 300 000 Metallarbeiter in Frage. Festgestellt hat der Redner, daß nach dem Verhalten der Regierung die Arbeitgeber evtl. aus Profitgier ihren Widerstand etwas schwächen werden.

In der Diskussion sprechen eine Anzahl Betriebsräte die grundsätzlich sich zu den Referaten äußerten. Die Meinung der Diskussionsredner ging parallel mit den Referenten. Im Schlußwort wurde von dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft hervorgehoben, daß der Kongreß in seinem Charakter und seiner Diskussion ein Beweis für das gesunde Denken und Verhalten der Metallarbeiter ist. Er bat den Vertreter aus Deutsch-Oberschlesien die besten Grüße von diesem Kongreß mit hinüberzubringen und auch drüben für die gesunde einheitliche Arbeit gegenüber den Chauvinisten einzutreten. Daraufhin wurde nachstehende von den Gewerkschaften eingebrachte Resolutionen einstimmig angenommen.

Resolution.

Der Betriebsrätekongreß der Eisen- und Metallhütten tagend am 23. 11. 1927 im großen Saale des Volkshauses in Krol.-Huta, nimmt von dem Referat über die Arbeitszeit Kenntnis und beschließt nachstehendes:

Ab 1. Januar 1928 hat die Arbeitszeit in den Eisen- und Metallhütten restlos 8 Stunden zu betragen. Die Berufung auf das Gebiet Deutschland ist bereits zu einem gewissen Teil ab 1. Juli 1927 entkräftigt, da dort das Arbeitszeitgesetz vom genannten Datum, daß Ueberstunden nach 8 Stunden mit Prozenten belegt, gültig ist. Die Ueberführung auf 8 Stunden geschieht auf dem Verordnungswege.

Die Gewerkschaften nehmen auf sich, dahin zu wirken, daß die Ueberführung auf 8 Stunden = 46-Stunden-Woche, auf dem Verordnungswege durch die Parlamente, Gesetzeskraft wie in der Republik Polnisch-Oberschlesien findet. Die geordneten Verhältnisse in der Arbeitszeit können erst nach Uebernahme des Gesetzes restlos in Erscheinung treten. Die bisherige Ueberleitung stufenweise hatte keine gesunden Fortschritte gezeigt, weshalb die Arbeiterschaft zu diesem stufenweisen Ueberleiten das Vertrauen verliert. Wäre der Arbeiterschaft in Polnisch-Oberschlesien im ähnlichen Sinne wie bei der Einführung des Arbeitszeitgesetzes in Deutsch-Oberschlesien ein Vorteil erwachsen, so wäre ihr Vertrauen und damit ihre Hoffnung gesteigert.

Die Belastung der 8-stündigen Arbeitszeit durch Einlegung von Pausen wird von dem Betriebsrätekongreß grundsätzlich abgelehnt, da in der Praxis, während der verflossenen Periode die Pauseneinteilung sich zum Nachteil auswirkt. Auch wurden von den Betriebsleitungen die Pausen in den meisten Fällen zu einer durchgehenden Produktion verwendet.

In Verbindung mit der Einführung der 8-Stundenarbeitszeit stellt der Betriebsrätekongreß einstimmig fest, daß die Organe der Regierung (Gewerbeinspektionen) nicht genügend Wert auf die Innehaltung der Arbeitszeit durch die Arbeitgeber legen. Das heutige System der Ueberstunden ist grundsätzlich zu beseitigen und an Stelle dessen mehr Arbeiter einzustellen. Soweit die Arbeitszeit nicht tariflich geregelt ist, kann nur auf Antrag des Unternehmers für einzelne Betriebe oder Betriebsabteilungen eine abweichende Regelung der Arbeitszeit durch den zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung widerruflich zugelassen werden, sofern sie aus betriebstechnischen Gründen, insbesondere bei Betriebsunterbrechungen durch Naturereignisse, Unglücksfälle oder andere unvermeidliche Störungen oder aus allgemein wirtschaftlichen Gründen geboten ist.

Für die in der Resolution festgelegten Forderungen werden die Arbeiter der Eisen- und Metallhütten sich mit ihrer Kraft einsetzen.

Nun wurde zu der von den Gewerkschaften vorgelegten Resolution noch ein Antrag eingebracht, der, bei Nichteinführung des 8-Stundentages ab 1. Januar 1928 die Niederlegung der Arbeit am 2. Januar 1928 mittags um 2 Uhr verlangte, der auch einstimmig angenommen wurde. Weiter wurde ein Antrag angenommen, wonach die Gewerkschaften je einen Betriebsrat zu der Weiterverhandlung als Delegierten heranziehen sollen. Bei den Eisenhütten werden am 8. Dezember cr. überall Belegschaftsversammlungen abgehalten um einheitlich den Willen zum Kampf für den 8-Stundentag zu zeigen. Metallhütten und andere werden im Laufe der Woche vom 4—8. Dezember cr. ihre Versammlungen erledigen.

Nach einigen Dankesworten durch den Vorsitzenden an die Delegierten und Vertreter wurde der Kongreß mit einem Hoch auf den 8-Stundentag und die Arbeiterklasse geschlossen.

Visierung von Ursprungszeugnissen

Das Deutsche Generalkonsulat Kattowitz teilt mit:

Ab Montag, den 28. November 1927 sind die Sprechstunden für Visierung von Ursprungszeugnissen auf Montag und Donnerstag, vorm. 10—1 Uhr, festgelegt. An den übrigen Tagen findet eine Visierung von Ursprungszeugnissen nicht statt. — Unterstützungen werden vom gleichen Tage an nunmehr Dienstags und Freitags von 10—1 Uhr ausgezahlt. In allen übrigen Angelegenheiten ist das Generalkonsulat wie bisher täglich von 9 bis 1 Uhr geöffnet.

Konferenz der Knappschaftsältesten

Am Sonntag, den 27. November, vormittags 10 Uhr, findet in der „Strzecha Gorniczа“ in Kattowitz eine Konferenz der Knappschaftsältesten statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Theater und Musik

Vortrag des Herrn Professor Brahn: „Pessimismus, eine Quelle der Kraft“.

Der bekannte Arzt und Philosoph, jetzt deutscher Bevollmächtigter für Arbeiterfragen, Professor Brahn, hielt gestern abends im Saal des evangelischen Vereinshauses ein Referat über das obenstehende Thema. Der Redner ging von dem Standpunkt aus, daß das Kind unbefangen in die Welt hineinblickt, der sich entwickelnde Mensch dagegen plötzlich zu der Erkenntnis kommt, daß irgend etwas in der Welt dunkel und leidvoll ist. Dieser sogenannte Weltschmerz prägt sich nun darin aus, daß der Mensch dauernd etwas will, sein Wollen hält ihn in steter Unruhe, hat er etwas erreicht, so stellt sich ein gewisses Gefühl der Langeweile ein, eine Leere, die nicht eher aufhört, bis wieder etwas neu zu Wollendes aufgetaucht ist, und so geht es fort und hält den Menschen in steter Unruhe, die ihn trübe macht und zum Pessimismus führt. Diese Erscheinung aber hat die Welt so ergriffen, daß sie zu einem Problem tiefster Natur geworden ist und von Schriftstellern, Philosophen und Künstlern verwertet wurde. Professor Brahn überträgt alsdann die Deduktion des „Einzelpessimismus“ auf Völker und Länder, in unserem Falle auf Europa und Deutschland. Bis zum 18. Jahrhundert wurde gelehrt und geschrieben, daß die Menschheit aufwärts zum Guten strebt, also ein optimistischer Standpunkt, bis urplötzlich im Jahre 1818 ein Buch erschien „Die Welt als Wille und Vorstellung“, welches die Richtung niederschmetterte und seine Weltauffassung in pessimistischem Sinne kundgab. Der Verfasser des Werkes, der Philosoph Arthur Schopenhauer, konnte natürlich keinen Menschen zur Erkenntnis dieser seiner Schrift bringen, erst nach 30 Jahren sah man die Richtigkeit derselben ein. Mit ihm zugleich wirkt und strebt ein Musiker des größten Namens seiner Zeit, Richard Wagner, dessen Schöpfungen ebenfalls erst bedeutend später Anerkennung und Wertung fanden. Wagner stellt die Schopenhauerische Weltauffassung in Poesie und Musik dar, seine Helden sind alle von irgend einer Unruhe, sei es Leidenschaft, Ehrgeiz, Rache usw., getrieben, ihr Weltschmerz aber findet (bis auf Parsifal) Erlösung und Befreiung durch die Frau (Senta und der Holländer, Tannhäuser und Elisabeth). Die Erkenntnis, daß der Kern des Lebens trübe, leidvoll und Entsagung ist, kennzeichnet die Tiefe des damaligen Denkens, sie mußte aber in einer Art Entspannung erfahren, weil sonst die Menschheit im „verzweifelten Pessimismus“ untergegangen wäre. Und da tauchen zur gleichen Periode Schopenhauers und Wagners die beiden größten deutschen Humoristen dieser Zeit auf: Wilhelm Busch und Wilhelm Raabe. In ihren Werken spielt der Pessimismus ebenfalls eine Hauptrolle, doch steht dicht daneben der goldene Humor, der die Trübheit oder Schlechtigkeit wettmacht. So wird z. B. die Tugend (Fromme Helene) als etwas dem Menschen Widernatürliches hingestellt, sie ist meistens nur außer Schein, ihr Wesen ist der Menschheit fremd. Der Referent vergleicht diese beiden unvergleichlichen Humorspender mit dem alten Griechenland, wo hinter der Darbietung von Tragödien stets ein „Satyrspiel“ gegeben wurde, um die Gemüter vergessen zu machen. Dieser Zug des sogenannten „humoristischen Pessimismus“ geht nun sieghaft vorwärts. Noch einmal erscheint Oswald Spengler mit einem Buch „Der Untergang des Abendlandes“, dessen Motive ebenfalls aus pessimistischer Erkenntnis herausstammen. Dann tritt ein neuer Künder auf den Plan, Friedrich Nietzsche, dessen Leitgedanke ebenfalls pessimistischer Natur ist, der aber den „Kampf“ in den Mittelpunkt des Daseins rückt. Nicht resignieren, nicht absichtlich das Unabänderliche auf sich nehmen, sondern sich dagegen stemmen mit aller zu Gebote stehenden Kraft. Seine Menschen sind in zwei Klassen geteilt, der Machtvollen, das sind die großen Politiker, Gelehrte, Schaffende usw. und die Kleinen, deren Kraft zu schwach ist, um zu siegen. Seine Weltanschauung heißt: der „erlösende Pessimismus“ und findet in dem Künstler Max Klinger beredten Ausdruck. Seine Radierung „Und doch“ ein Jüngling, dessen Füße auf sich ringelnden Schlangen stehen, dessen Arme aber zum Himmel greifen, spricht für die Idee, noch treffender, aber ist Dürers bekannter Stich „Ritter, Tod und Teufel“, in welchem gerade der deutsche Mensch eine Verewigung gefunden hat. Nietzsche findet den Ausklang seiner Anschauung in der Erbauung der Menschheit an Kunst und künstlerischem Erleben, das Leid und Trauer wenigstens für Stunden von ihr nehmen soll. Der Redner streift dann noch den „indischen Pessimismus“, der das Nirvana predigt, das Nichtssein, Sichauflösen usw., dessen Lehre aber in Deutschland nie Eingang gefunden hat. Den Abschluß des Vortrags bildete ein Stück aus Nietzsche's Werk, das mit den Worten endet „Also sprach Zarathustra“!

Professor Brahn hat es vortrefflich verstanden, das immerhin schwierige Thema in Kürze und Gedrängtheit aufzurollen und uns zur Kenntnis zu bringen, daß Pessimismus in der Tat „eine Quelle des Schaffens, Wirkens und schließlich der Kraft“ sein kann. Dieses Thema hätte eigentlich weite Kreise interessieren müssen, da wir ja mehr oder weniger alle Pessimisten, oft schwärzester Sorte, sind. Leider ließ der Besuch manches zu wünschen übrig, und wir sind überzeugt, daß unter den Hörern auch manch Unzufriedener war. Es gibt eben Menschen, die stets an Ueberhebung leiden. Wir aber danken dem Referenten für seine belehrenden Ausführungen, seine Sprachweise ist klar und deutlich und jedem, auch dem Laien, zugänglich. Es wäre sehr zu wünschen, wenn recht bald wieder einmal ein Vortrag ähnlicher Art zustande käme. Die Versammelten spendeten wohlverdienten Beifall.

A. K.

Börsenkurse vom 24. 11. 1927

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich	=	8 92 zł
		frei	=	8.93 zł
Berlin	100 zł		=	47.— Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.		=	213.— zł
	1 Dollar		=	8.92 zł
	100 zł		=	47.— Rmk.

Kattowitz und Umgebung

Wichtige Magistratsbeschlüsse.

Auf der Dienstag-Sitzung des Magistrats lagen verschiedene wesentliche Punkte zur Beschlußfassung vor.

Beschlossen wurde unter anderem der Austritt der Stadt Kattowitz aus dem Schlesischen Gemeindeverband (Zwionzek Gmin Wojewodztwa Slonskiego). — Für die Abhaltung einer Weihnachtsbescherung für arme Kinder der Volks- und Mittelschulen sollen die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden. — Dem Vorstand des „Towarzystwa Czytelni Ludowych“ sowie dem Vorstand der deutschen Volksbücherei werden für den Ankauf von Büchern Subventionen gewährt, allerdings unter der Bedingung, daß ein Beauftragter des Magistrats während der Subventionierung seitens der beiden Vorstände zugelassen wird.

Der frühere Leiter des städtischen Elektrizitätswerkes in Przyorsk, Franziszek Zysik, wird mit der Leitung der technischen Verwaltungsabteilung der Stadt Kattowitz betraut.

Tierarzt Franziszek Bukaja aus Kattowitz wurde zum Veterinärarzt für das städtische Schlachthaus ernannt.

Die Repräsentationsräume im Stadthaus werden der Korporation „Silesia“ für die Abhaltung einer Festlichkeit mit Kommers und Ball am 5. Januar kommenden Jahres überlassen. — Von der Umänderung der Postagentur in Domb in ein Post- und Telegraphenamt 5. Klasse wurde Kenntnis genommen. — Schließlich erfolgte die lebenslängliche Anstellung des Büroinspektors Kroczek bei der Schulabteilung des Magistrats nach dreijähriger zufriedenstellender Tätigkeit im städtischen Verwaltungsdienst.

Deutsches Theater Kattowitz. Heute abend 7½ Uhr: „Der Rosenkavalier“, Oper von R. Strauß.

Die Schuld trägt der Chauffeur. Auf der ul. 3-go Maja wurde von dem Personenauto Sl. 3292, welches der Chauffeur Grünholm führte, ein Fräulein Hedwig Renzin überfahren. Sie trug mehrere Knochenbrüche davon. Erwiesen ist, daß der Chauffeur an dem Unfall die Schuld trägt, infolge unvorschriftsmäßigen Fahrens.

Todessturz eines Klempnerlehrlings. Der 16 Jahre alte Klempnerlehrling Josef Kandzia war mit Ausbesserungsarbeiten am Dache des Hauses ul. Stawowa 20 beschäftigt. Dabei stürzte er ab und war auf der Stelle tot. Die Untersuchung über diesen Vorfall ist sofort von der Polizei eingeleitet worden.

Aus bitterer Not. Derjenigen, die aus Nahrungssorgen zum Freitod greifen, sind sehr viele und fast täglich wird über solche Vorfälle, an denen der Leser meist gleichgültig vorbeigeht, berichtet. Das eigene Leid macht eben unempfindlich gegen das anderer Mitmenschen. Auch heute berichtet der Polizeibericht in lakonischer Weise von dem Selbstmordversuch einer Eva Radoczyk von der Direktionsstraße durch Trinken von Lysol, weil sie nichts mehr zu biegen und beißen hatte, auch nicht mehr ein Dach überm Kopf. Das Beginnen der Bedauernswerten wurde jedoch bemerkt und sofort ärztliche Hilfe geholt, so daß ihr Vorhaben nicht gelang. Vorläufig wurde sie ins städtische Krankenhaus überführt. Was aber dann, wenn sie gesundheitlich hergestellt ist. Wird sie wieder vor dem Nichts stehen?

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Erneut wurde hinter verschlossenen Türen vor dem Kattowitzer Landgericht wegen einem der schwersten Vergehen, nämlich wegen Blutschande verhandelt. Zu verantworten hatte sich diesmal der Invalide Alexander R. und dessen etwa 30jährige Tochter Sofie, aus Myslowitz. Wie aus der Urteilsbegründung hervorging, unterhielt der Vater mit der angeklagten Tochter, und zwar im Einverständnis derselben, einen intimen Verkehr, der nicht ohne Folgen blieb. Weitere Sittlichkeitsdelikte ließ sich der Unhold an seinen jüngeren Töchtern, darunter einem achtjährigen Mädchen, zuschulden kommen. Die Ehefrau des R. soll von ihrem Manne und der mitschuldigen Tochter aus dem Hause gewiesen worden sein. Der Angeklagte Alexander R. wurde zu zwei Jahren Zuchthaus bei Absprechung der bürgerlichen Ehrenrechte für die Zeitdauer von 5 Jahren und dessen Tochter Sofie zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt.

Die Luftliga bestohlen. In einen hölzernen Schuppen der Luftliga wurde vor kurzem eingebrochen und ein elektrischer Motor gestohlen. Die Spur der Spitzbuben führt nach Zawodzie. Große Patrioten scheinen die Spitzbuben nicht zu sein, wenn sie sich schon an das Eigentum der Luftliga, für die so manches Herz schlägt, wagen.

Königshütte und Umgebung

Pensionsauszahlung. Am Freitag, den 25. November, vormittags, werden im „Russenlager“, an der ulica Skargi (Steigerstraße), an die Invaliden der Königshütte die Pensionen zur Auszahlung gebracht. Als Ausweis und zur Abstempelung sind die Pensionskarten mitzubringen. — Die Auszahlung an die Witwen und Waisen findet erst am Mittwoch, den 30. November, früh, im Meldeamt der Werkstättenverwaltung an der ul. Bytomska (Beuthenerstr.) statt.

Siemianowitz

Nachspiele der vorjährigen Kommunalwahlen. Nach dem Ausgange der im Vorjahre stattgefundenen Kommunalwahlen wurden deren Ergebnisse unter den Arbeitern in den Siemianowitzer Hüttenwerken lebhaft erörtert. Zwei dieser Arbeiter, Robert Pierzyna und Johann Lukowicz standen vor dem Schöffengericht in Kattowitz gestern unter der Anklage, daß sie im Zusammenhange mit diesen Erörterungen sich über den Generaldirektor der Hüttenwerke und früheren polnischen Handelsminister Kiedron geäußert hätten: „Diesen schwarzen Kiedron können wir nicht ausstehen, die Frau Kiedron hat für die polnischen Arbeiter-Wähler „kołacze“ (Kuchenbackwerk) backen lassen. Wenn die nächsten Wahlen kommen (und damit waren die Sejmwahlen gemeint) werden wir die Polen noch mehr hinausfegen. Im Uebrigen wird es des Bleibens der Polen hier nicht lange sein, denn, wenn die Deutschen kommen, dann laufen die Polen davon“. In der Verhandlung wurden diese

Eine Entscheidung Calonders

Stellungnahme des Präsidenten der Gemischten Komission für Oberschlesien vom 12. Oktober 1927 in der Sache Nr. 254 des Deutschen Volksbundes für Polnisch-Schlesien zur Wahrung der Minderheitsrechte, eingetragener Verein, Beschwerdeführer, in Katowice, ulica Mlynska 23 betreffend Nichterrichtung der Minderheitsschule in Gieraltowice.

I.

1. Am 8. September 1926 (act. 2) erhob der Beschwerdeführer im Sinne von Art. 149 ff. der Genfer Konvention Beschwerde beim Polnischen Minderheitsamt in Katowice **wegen Nichterrichtung der Minderheitsschule in Gieraltowice.** Das Minderheitsamt überwies die Beschwerde am 30. September 1926 (act. 1) an den Präsidenten der Gemischten Kommission mit seinen vorläufigen Bemerkungen, die es durch Eingabe vom 6. Dezember 1926 (act. 13) vervollständigte.

Es fand hierauf der in der Verfahrensordnung der Gemischten Kommission vorgesehene Schriftenwechsel statt. In der mündlichen Verhandlung vom 25. Juni 1927 hatten der Vertreter des Minderheitsamtes und der Beschwerdeführer Gelegenheit weitere Ausführungen in tatsächlicher und rechtlicher Beziehung vorzutragen.

2. **Im November 1925** wurden unbestrittenermaßen für **44 Kinder Anträge im Sinne von Art. 106** der Genfer Konvention auf Errichtung einer Minderheitsschule in Giraltowice gestellt. Die zuständige Behörde ordnete in der Folge **eine administrative Untersuchung** behufs Einvernahme sämtlicher Antragsteller an. Wie aus dem vom Minderheitenamt eingereichten Protokoll (act. 17) hervorgeht, fanden die Einvernahmen am 23. Juni 1926 in der Gemeindekanzlei in Gieraltowice statt. **Die Erziehungsberechtigten mußten angeben, welches die Muttersprache ihrer Kinder sei, und außerdem mußten sie sich neuerdings darüber erklären,** ob sie ihre Kinder die deutsche oder polnische Schule besuchen lassen wollten. **Auf Grund der Ergebnisse dieser Einvernahmen erklärte** die zuständige Behörde 4 Anträge für gültig und **38 Anträge für ungültig, und zwar mit der Begründung, daß die Kinder nicht zur deutschen Sprachminderheit gehörten** (act. 16). Anträge für 2 Kinder, die anläßlich der Einvernahmen zurückgezogen wurden (act. 17, 1), sind in der Zusammenstellung über gültige und ungültige Anträge (act. 16) nicht berücksichtigt.

Infolge der Ungültigkeitserklärung des größten Teils der Anträge war die in Artikel 106 der Genfer Konvention vorgesehene Mindestzahl von 40 Anträge bei weitem nicht erreicht, und die zuständige Behörde glaubte sich zur Errichtung der Minderheitsschule nicht verpflichtet.

3. Es erhebt sich in erster Linie die Rechtsfrage, ob die Vorladung und Einvernahme der Erziehungsberechtigten, die Anträge auf Errichtung einer Minderheitsschule bei den zuständigen Behörden eingereicht hatten, mit Sinn und Wortlaut der Genfer Konvention vereinbar waren.

Die zuständige Behörde hat in diesem Falle die Einvernahme nicht damit begründet, daß sie die formelle Berechtigung zur Antragstellung (poln. Staatsangehörigkeit, Zugehörigkeit zum Schulverband usw.) einer Nachprüfung unterziehen wollte. Es braucht daher nicht näher begründet zu werden, daß eine Untersuchung aus solchen Gründen unzulässig und mit Art. 75 der Genfer Konvention sowie mit der Praxis des Präsidenten der Gemischten Kommission und mit Verordnungen der Wojewodschaft im Widerspruch gewesen wäre. (Siehe Stellungnahme Nr. 257 vom 15. Dezember sub. III.)

Vielmehr sind die Einvernahmen dadurch charakterisiert, daß die Erziehungsberechtigten eine Erklärung über die Muttersprache der Kinder zu Protokoll geben mußten und daß man sie zu einer neuen Erklärung veranlaßte darüber, welche Schule sie für ihre Kinder wünschten. **Die Befragungen mußten von den Erziehungsberechtigten umsomehr als Versuch eines Druckes empfunden werden, den Antrag auf Errichtung einer Minderheitsschule fallen zu lassen, als die Minderheit seit Jahren einen fortwährenden Kampf mit den Behörden auf dem Gebiete der Minderheitsschule führt. Nach Art. 131 Abs. 2 ist den Behörden jede auch noch so geringe Einwirkung, welche die Zurücknahme des Antrages im Sinne von Art. 106 bezweckt, untersagt; die Verletzung dieses Artikels durch die zuständigen Behörden ist evident** (Siehe Stellungnahme Nr. 257 vom 15. Dezember 1926, sub. III), und sie erleidet keine Abschwächung dadurch, daß im konkreten Fall die Erziehungsberechtigten mit einer Ausnahme die Anträge aufrecht erhielten. Uebrigens kommt auch der Zurückziehung der Anträge bezüglich 2 Kinder keine rechtliche Wirkung zu, da sie erst im Juni 1926 erfolgte. Bei Berechnung der Anzahl der eingereichten Anträge durften nur die bis zum 30. November 1925 zurückgezogenen Anträge berücksichtigt werden. (Rundschreiben des Wojewoden vom 1. September 1923.)

4. Sodann stellt sich die Frage, **ob die im Sinne von Art. 106 der Genfer Konvention eingereichten Anträge für ungültig erklärt werden konnten, weil die Erziehungsberechtigten anläßlich ihrer Einvernahme erklärt haben, daß die Muttersprache ihrer Kinder die polnische sei; die Frage ist gestützt auf Art. 74 und 131 der Genfer Konvention und in Bestätigung der ständigen Praxis des Präsidenten der Gemischten Kommission zu verneinen.**

Vor allem ist auf die ausführlichen Darlegungen sub. IV./2 in der Stellungnahme Nr. 257 vom 15. Dezember 1926 betr. Zurückweisung der für das Schuljahr 1926/27 zu den Minderheitsschulen angemeldeten Kinder zu verweisen. In teilweiser Wiederholung des dort Ausgeführten sei hier noch besonders betont:

Art. 74 regelt die Frage, wie die Scheidelinie zu ziehen ist zwischen der Minderheits- und der Mehrheitsbevölkerung und hat daher den Grundsatz aufgestellt, daß für die Frage, ob eine Person als Minderheits- oder Mehrheitsangehöriger zu betrachten sei, einzig der subjektive Wille des betr. Individuums maßgebend ist.

In enger Beziehung mit dem Art. 74 steht der Art. 131 Abs. 1 der Genfer Konvention. In Ansehung der großen Schwierigkeiten, welche sich aus der außerordentlich starken kulturellen und sprachlichen Mischung der oberschlesischen Bevölkerung ergeben, **hat die Genfer Konvention auch auf dem Gebiete des Schulwesens das Prinzip der freien Selbstbestimmung aufgestellt. Ueberall, wo die Erziehungsberechtigten Schulfragen zu entscheiden haben** — und das sind vornehmlich die beiden Fragen, **ob in einer Gemeinde eine Minderheitsschule** zu errichten sei (Anträge gemäß Art. 106 der Genfer Konvention) **und ob ein Kind die Minderheitsschule besuchen soll** („Anmeldungen“) —, **entscheidet die subjektive Willenserklärung des Erziehungsberechtigten.** So wie jeder Staatsbürger frei bestimmen kann, ob er der Mehrheit oder der Minderheit angehören wolle, **ebenso hat auf Grund des Art. 131 jeder Erziehungsberechtigte das Recht, subjektiv zu bestimmen, daß hinsichtlich der Schulerziehung die Sprache seiner Kinder die Minderheitssprache sein soll, bezw. daß seine Kinder der sprachlichen Minderheit angehören. Es** besteht kein Gegensatz zwischen dem Art. 131 und dem Art. 106. Vielmehr gilt auch für die Anträge gemäß Art. 106 wie für die bloßen Anmeldungen der **allgemeine in Art. 131 statuierte Grundsatz der subjektiven Erklärung und freien Selbstbestimmung.** Weder beim Erziehungsberechtigten noch beim Kinde kommt es auf bestimmte objektive Verhältnisse, wie Abstammung oder Muttersprache an, **sondern die Entscheidung muß ausschließlich nach Maßgabe der subjektiven Erklärung des Erziehungsberechtigten getroffen werden.**

Uebrigens haben die Schulbehörden in Uebereinstimmung mit der Praxis des Präsidenten der Gemischten Kommission den Art. 131 bis im Jahre 1926 im Sinne von Schulsprache ausgelegt. Die Behörden hatten zwar anfänglich ebenfalls die Schulsprache des Art. 131 mit der Muttersprache identifiziert und von den Erziehungsberechtigten, die die Errichtung von Minderheitsschulen beantragten, eine Erklärung über die Muttersprache verlangt. Aufmerksam gemacht durch den Präsidenten der Gemischten Kommission, hat dann der Wojewode in Anerkennung dieses Irrtums durch seine Verordnung vom 29. Dezember 1922 (Dz. U. Sl. Nr. 3 vom 19. Januar 1923) und durch seine Verordnung vom 26. Juni 1924 (Dz. U. Sl. Nr. 17 vom 9. Juli 1924) ausdrücklich angeordnet, daß in den Anträgen zukünftig der Passus mit der Erklärung über die Muttersprache der Kinder wegfallen solle. Dieser Standpunkt, wonach es nicht auf die Muttersprache ankommt, sondern einzig auf die Schulsprache der Kinder wegfallen solle. Dieser Standpunkt, wonach es nicht auf die Muttersprache ankommt, sondern einzig auf die Schulsprache, die der Erziehungsberechtigte verlangt, wurde von der zuständigen Behörde auch in Verbindung mit der Stellungnahme 11 vom 3. Januar 1924 in Sachen Jung und Genossen anerkannt und gemäß Konferenzprotokoll vom 18. April 1924 ausdrücklich gutgeheißen.

In concreto haben somit die Erziehungsuerechtigten die Entschließung bezüglich Schulsprache durch die Unterzeichnung und Einreichung der auf Eröffnung einer Minderheitsschule gerichteten Anträge klar zum Ausdruck gebracht.

* * *

Aus diesen Gründen sind die für 44 Kinder eingereichten Anträge im Sinne von Art. 106 der Genfer Konvention als gültig anzusehen und es ist die Minderheitsschule in Gieraltowice unverzüglich zu errichten.

II.

Was den Antrag auf Errichtung einer Schulkommission anbetrifft, so ist er, sofern Kinder für die Minderheitsschule angemeldet werden, gestützt auf Art. 11 der Genfer Konvention, als ohne weiteres begründet anzusehen.

III.

Was die Lehrkräfte der zu eröffnenden Minderheitsschule anbetrifft, so genügt es, auf Artikel 113 den Genfer Konvention zu verweisen.

IV.

Nach stattgehabter Beratung im Schoße der Gemischten Kommission, gelangt der Präsident der Gemischten Kommission, gestützt auf die vorstehenden Erwägungen, zur

Stellungnahme:

1. **Die Minderheitsschule in Gieraltowice ist unverzüglich zu errichten.**
2. **Es sind Anmeldungstermine von angemessener Dauer durch öffentliche Bekanntmachungen in beiden Sprachen anzusetzen. Diese Anmeldungstermine sind dem Präsidenten der Gemischten Kommission bekannt zu geben.**

Diejenigen Kinder, die für diese Minderheitsschule angemeldet werden, sind von Amts wegen in diese Schule überzuführen.

Aeußerungen von den vernommenen Zeugen nur in Bezug auf den Erstangeklagten bestätigt. Dagegen bestritt, solche Aeußerungen gemacht zu haben, der Zweitangeklagte, gegen welchen auch die Zeugen keinerlei Belastungsaussagen machen konnten. Der Richter hielt den Angeklagten ihre politische Haltung mit der vorwurfsvollen Frage vor: „Was, Ihr seid Deutschen? Ihr, deren Väter Polen waren? Aber das haben Ihre Mütter aus Euch gemacht“. Das Gericht verurteilte den Erstangeklagten, gemäß dem Antrage des Staatsanwaltes, zu 1 Monat Gefängnis und sprach den Zweitangeklagten frei.

Elternabende. Sämtliche Volksschulen veranstalten nacheinander Elternberatungsabende und zwar zu dem Zwecke, um den Eltern Gelegenheit zu geben auf die kommende Weihnachtseinbescherung für Schulkinder selbst Einfluß auszuüben, da im vorigen Jahre immer Beschwerden einliefen. Die Gemeinde hat für diesen Zweck durchschnittlich pro Kind 1.68 Zloty ausgesetzt.

Eröffnung einer Haushaltungsschule. Ab 1. Dezember wird in der Schule an der Schloßstraße eine Haushaltungsschule eröffnet. Meldungen übernimmt und Informationen erteilt der Rektor der Schule. Die Teilnahme ist außer Schülerinnen auch älteren Mädchen gestattet. Die Gemeindevertretung hat die Einrichtung von vier solchen Schulen genehmigt, die vierteljährlich laufend nacheinander eröffnet werden.

Seilbruch. Bei einer Fangprobe auf Richterschacht 1 riß das Unterseil und sauste 320 Meter in die Tiefe. Der Sachschaden war nicht bedeutend, so daß die Förderung am Morgen wieder aufgenommen werden konnte, während die Seilfahrt gesperrt bleibt. Das Unterseil ist nicht mit dem Förderseil zu vergleichen; es spielt für die Seilfahrt selbst eine untergeordnete Rolle und gilt nur als Gewichtsausgleich bei der Förderung.

Rybnik und Umgebung

Verlängerung der Unterstützungszahlung. „Monitor Polski“ veröffentlicht eine Verordnung des Ministers für Arbeit und Sozialfürsorge, nach der die Zeit der Berechtigung zum Bezuge der Arbeitslosenunterstützung u. a. auch im Kreise Rybnik verlängert wird. Die Arbeitslosen des Rybniker Kreises, für die bis zum 30. November 1927 einschließlich die Berichtigungszeit zum Bezuge der Unterstützung aus dem Arbeitslosenfonds noch nicht abgelaufen ist oder an diesem Tage abläuft, können daher diese Unterstützungen während weiterer 17 Wochen erhalten.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich wohnhaft in Król Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse“ Sp. z ogr. odp., Katowice; Druck „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.

Tragödie: Trotzky

Von Ernst Fischer, Wien.

In einem Wiener Bohemecafee sitzt ein jüdischer Journalist, spielt Schach, liest Zeitungen, borgt sich Geld aus, um die Zeche zu zahlen. Stundenlang debattiert er mit allerhand Leuten über Kunst, Philosophie, Politik, für sozial. Blätter schreibt er Artikel über Balzac, über Weltwirtschaft, über Rußland man fühlt eine große Begabung, ein großes Temperament. Es kann aus ihm, irgendwo, ein bedeutender Journalist, ein bedeutender Agitator werden, er kann, irgendwo, im Exil zugrunde gehen, dieser unruhige Emigrant, ohne daß die Massen ihn kennen, die Massen, an die er glaubt. Halb ein Bohemien, halb ein Fanatiker, wartet er auf ein Ereignis, das ihn emporreißt aus der Atmosphäre der Redaktionen, der Kaffeehäuser, das ihm Gelegenheit gibt, seinen Ehrgeiz zu stillen, sein Leben in Szene zu setzen — aber Tausende warten gleich ihm, die Zukunft ist fragwürdig, unwahrscheinlich und zweifelhaft. Wird er je nach Rußland zurückkehren können, wird er nicht in allen europäischen Städten seine Leidenschaft, sein Talent verzetteln, der unruhige Emigrant Leo Trotzky? Alles ist ungewiß.

Zehn Jahre später. Revolution in Rußland. Das Unwahrscheinliche ist geschehen. Trotzky kehrt aus Europa zurück, beginnt eine Rolle zu spielen. Anfangs ist er nicht Menschewik, nicht Bolschewik, versucht, auf eigene Faust Politik zu machen. Bald aber verständigt er sich mit Lenin, wittert den Sturm, die Zukunft. Schwungvoll entfaltet sich seine Persönlichkeit, die ganze Kühnheit, das ganze Pathos der Revolution verkörpert sich in ihm. Das lodernde Wort und die große Gebärde, alles Bunte und alles Brennende des Aufruhrs, ist Trotzky bald der populärste, der exponierteste Führer der Bolschewiki. In diesen Monaten vor der Oktoberrevolution wirkt er stärker, elementarer als Lenin, dem das lodernde Wort, die große Gebärde fehlt. Die Matrosen, die aktivsten Revolutionäre, vergöttern ihn, den aktivsten Revolutionär, sein Elan triumphiert; an der Spitze einiger hundert Rotgardisten marschiert er dem ersten General der Konterrevolution, Kornilow, entgegen, fordert in vulkanischer Rede die Soldaten des Gegners auf, der roten Fahne sich anzuschließen, schlägt mit der Gewalt des Wortes die Gewalt der Waffen, ist umgeben von all dem Glanz und all der Romantik der wilden, der zukunftstrunkenen Zeit. Und dann: der Held von Brest-Litowsk, der Herold der Weltrevolution. Und dann: der Feldmarschall der Roten Armee, die seine Schöpfung ist. Und dieser blendende Journalist, dieser grandiose Redner, dieser unruhige Geist, dem man alles zutrauen konnte, nur eines nicht: organisatorische Fähigkeit, unerbittliche Disziplin, militärische Zucht, verwandelt sich fast über Nacht in einen militärischen, unerbittlichen Organisator, in einen Mann der knappen Befehle, der straffen, der strengen Ordnung. Und er spielt die neue Rolle so, als gäbe es für ihn keine andre, als sei er nie in einem Bohemecafee gesessen und habe dort über Philosophie diskutiert und über Balzac geschrieben. Neben solch phantastischem Aufstieg verblaßt Napoleons Schicksal.

Und wieder zehn Jahre später. Lenin ist tot. Die Revolution ist stabilisiert. Lenins Nachfolger heißt nicht Trotzky, sondern Stalin. Der Feldmarschall der Roten Armee heißt nicht mehr Trotzky, sondern Woroschilow. Die Freunde Trotzkys werden verfolgt und eingesperrt. Und Trotzky selber wird aus der Partei ausgeschlossen, gilt als Verräter, als „Streikbrecher", ist ohne Macht, ohne Einfluß, ein Schatten der Vergangenheit. Die Revolution, deren Held er war, wird von andern gefeiert und er wird niedergeschrien, wenn er sprechen will. Lenin und Trotzky, das waren die Götter der Revolution. Lenin ist tot, Trotzky geächtet. Phantastisch wie sein Aufstieg ist auch sein Sturz, unheimlich, atembeklemmend, tragisch.

Aber nicht das ist die große Tragödie Trotzky, daß ein Mann zu höchster Macht emporstieg, um wieder in tiefste Ohnmacht abzustürzen, die Tragödie Trotzky — es ist die Tragödie der Diktatur.

„Die Revolution verschlingt ihre eigenen Kinder!" heißt es in Büchners wundervollem Danton-Drama. Die Revolution hat Kerensky verschlungen, die Sozialrevolutionäre, die Menschewiki, nun verschlingt sie Trotzky. In eine weltgeschichtliche, unerhört einprägsame Formel wurde sein Schicksal gepreßt: während in allen Kinos sein Bild im Film gezeigt wird, während in allen Reden sein Werk verklärt wird, während die Rote Armee, die er schuf, vorbeidefiliert, wird er von der Menge ausgepfiffen, wird er von den Diktatoren davongejagt. Die Schöpfung lebt weiter, aber der Schöpfer ist überflüssig, ist lästig, ist für die Schöpfung eine Gefahr geworden. Denn er wollte sie anders haben, er mißt sie an der Idee, von der er besessen war und besessen ist, und duldet nicht den Abfall der Wirklichkeit von dieser Idee, er fordert, daß sie wieder so werde, wie sie war, daß sie nicht, wie alles auf Erden, alternd sich wandle, sondern in ewiger Jugend brenne. Gegen den Zwang der Geschichte empört sich der freie Geist, gegen die nüchterne Notwendigkeit der heilige Fanatismus, gegen die Wirklichkeit der Idee. Daß beide recht haben, Trotzky, wenn er behauptet, daß Stalin auf die Revolution verzichtet habe, und Stalin, wenn er behauptet, daß Trotzky das Resultat der Revolution gefährde, daß beide recht haben, ist das Tragische.

Die Revolution und das Resultat der Revolution, das ist der bittere Widerspruch. Die Flamme der Leidenschaft, des Heroismus, der äußersten Hingabe aller Gefühle, aller Gedanken, eine Flamme, die, so wähnte man, alles schmelzen müsse — und nun, da das einst so glühende Material ein wenig ausgekühlt ist, nun, da man es zu formen, zu feilen versucht, erkennt man, daß nur Unzulängliches zum Ereignis wurde, daß zwar manches anders geworden, das Wesen der Wirklichkeit aber geblieben ist, wie es war. Die Revolution hat zwar den Entwicklungsprozeß beschleunigt — an ihrem Feueratem reiften die Früchte schneller —, aber sie hat nicht ein Jahrtausend, sie hat nur ein Jahrzehnt, zwei Jahrzehnte übersprungen, sie hat das Gesetz der Geschichte nicht aufgehoben, so wenig wie die Technik, die dumpfen Metallen zauberische Schwungkraft verleiht, das Gesetz der Schwerkraft aufzuheben vermag. Die Schöpfertrunkenheit weicht dem Handwerkerfleiß, der Heros dem Oekonomen, das Pathos der Seele den Bilanzen der Wirtschaft.

Die Revolution und das Resultat der Revolution — der Widerspruch kann nur gelöst werden in einer ungeheuren Persönlichkeit wie Lenin, der zwischen dem, was Trotzky, und dem, was Stalin verkörpert, stets den Ausgleich fand, oder, wo keine Bewegung mit Menschen, die über ein Jahrtausend hinausragen, rechnen kann, in einer mehr oder minder weitgehenden Demokratie, die ebenfalls den Ausgleich der Gegensätze garantiert. In der Demokratie werden, soweit das überhaupt möglich ist, die einander widerstreitenden, widerstrebenden Richtungen ausbalanciert, die gesellschaftlichen Mächte, Gruppen und Forderungen nicht in Persönlichkeiten, sondern in Parteien verkörpert, die Spannungen immer wieder gelockert; die Demokratie, die Politik der mittleren Linie, ist weicher, biegsamer, elastischer, freilich auch unpathetischer, farbloser, langweiliger als die Diktatur. Jedenfalls aber erkennt man unter ihrem anspruchslosen Kleide das Muskelspiel der Geschichte deutlicher als unter dem starren Panzer der Diktatur. Vielleicht hat die russische Revolution den starren Panzer, dessen sie einst bedurfte, zu lang getragen . . .

Die Tragödie der Revolution, deren Opfer Trotzky nun ist wäre nicht so kraß, nicht so atembeklemmend, spielte sie innerhalb der Demokratie sich ab. Nie wäre Trotzky so mächtig gewesen ohne die Diktatur, nie wäre er so furchtbar gestürzt ohne die Diktatur. In ihrem Wesen liegt es, daß Gegensätze nicht ausgeglichen, sondern verleugnet und daher bis zum Extrem getrieben werden, daß sich Spannungen nicht lockern, sondern nur in einer Katastrophe entladen können. In ihrem Wesen liegt es aber auch, daß sich die Widersprüche, die das Ergebnis jeder Revolution sind, nicht in Parteien, sondern in Persönlichkeiten verkörpern, daß daher nicht Radikale und Reformisten einander gegenüberstehen, was nützlich und fruchtbar wäre, sondern Trotzky und Stalin, was schädlich und unfruchtbar ist und geschichtliche Notwendigkeit in persönliche Willkür verzerrt.

Tragödie der Diktatur: sie war der Panzer, die Waffe, der Apparat der Revolution. Und nun erstickt die Revolution in diesem Panzer, nun kehrt sich die Waffe gegen sie, nun zermalmt sie der Apparat. Stalin hat recht: Sowjetrußland bedarf der ökonomischen Politik, die er vertritt, eine Diktatur Trotzky wäre verhängnisvoll. Aber kann die Partei all das, was Trotzky verkörpert, entbehren? Kann sie auf den Geist der alten Garde verzichten? Kann sie die Flamme von 1917 missen? Kann sie sich den Ausschluß Trotzkys leisten, den sie sich leisten muß? Ist eine Partei, die nicht den Kampf der Meinungen duldet, die nicht Trotzky und Stalin — menschliche Namen für tiefe geschichtliche Antithesen! — in ihren Reihen vereint, Bürgschaft für lebendige Zukunft? Das ist die Frage.

Nicht Theorien, sondern Ereignisse werden die Antwort geben.

Aber der Aufstieg, der Sturz Leo Trotzkys, das Schicksal dieses großen und glänzenden Mannes, wird für alle Zeiten die klare Formel der ewigen Revolutionstragödie sein.

Der Arbeitslohn in England

Das Verhältnis zum Vorkriegslohn.

In dem jüngsten Heft der Zeitschrift des englischen Arbeitsministeriums sind Ergebnisse einer amtlichen lohnstatistischen Untersuchung veröffentlicht, die das Ziel hatte, die tariflichen resp. die von den Gewerkschaften anerkannten Lohnsätze (nicht die tatsächlichen Verdienste) vom Ende September 1927 mit denjenigen vom Anfang August 1914 zu vergleichen. Die Untersuchung zeigt für verschiedene Industriezweige eine sehr ungleichmäßige Verschiebung gegen die Vorkriegsverhältnisse. Die Spanne zwischen der Entlohnung der Arbeiter in den Industrien, die die Produktionsmittel herstellen und derjenigen, die in den Verbrauchsmittelindustrien beschäftigt sind, ist wesentlich geringer als vor dem Kriege, was mit der veränderten Stellung Englands in der Weltwirtschaft eng verbunden ist. Die Arbeiter der Produktionsmittelindustrien stehen nämlich heute oft selbst absolut schlechter als vor dem Kriege, die der Verbrauchsmittelindustrien durchweg besser.

Zur Beurteilung der weiter unten folgenden Zahlen seien nur noch einige wenige Bemerkungen über die Bewegung der Lebenshaltungskosten gemacht. Der englische Lebenshaltungsindex zeigte im laufenden Jahre — wenn man von leichten saisonmäßigen Schwankungen absieht — eine langsame absteigende Entwicklung; gegenüber den gleichnamigen Monaten des Vorjahres, das bereits eine leichte Senkung gegenüber 1925 und das niedrigste Niveau des Lebenshaltungsindexes in der Nachkriegszeit aufwies, zeigten Februar und März 1927 eine Senkung um einen Punkt, April und Mai eine solche um drei Punkte, Juni um fünf, Juli um vier, August um sechs, September und Oktober um sieben Punkte. Anfang September 1927 erreichte der Lebenshaltungsindex die Höhe von 165, Anfang Oktober die von 167.

Hinsichtlich der relativen Lohnhöhe — gegen den Vorkriegsstand — nehmen

die Bergarbeiter eine besonders ungünstige Stellung

ein. Die Arbeiter bei der Kohlengewinnung, für die übrigens ausnahmsweise nicht die tariflichen Sätze, sondern die tatsächlichen Verdienste in der Untersuchung verglichen werden, hatten im Durchschnitt einen Arbeitsverdienst pro Schicht im Juni 1914 von 6 Schilling 5¾ Pence, im Juli 1927 von 9 Schilling 10½ Pence, was einer Steigerung von 52 Prozent (bei einer Kürzung der Arbeitszeit von 8 auf 7½ Stunden) gleichbedeutend ist; in einzelnen Distrikten ist allerdings die Steigerung sehr verschieden, von 37 Prozent in Schottland bis 82 Prozent in Nord-Derbyshire. Seit Juli d. J. sind die Verdienste der Kohlenbergarbeiter weiter gesunken und haben im September nur 149 (gegenüber 100 im Juni 1914) betragen, d. h. wesentlich weniger als der offizielle Lebenshaltungsindex.

Aehnlich schlecht steht es in den anderen Zweigen der Bergindustrie. Die Erhebung bringt Angaben für die Arbeiter in den Eisenerzgruben Clevelands, deren Tarifsätze (pro Woche) Ende September 30 bis 50 Prozent über dem Vorkriegsniveau standen für die Arbeiter in den Kalkbrüchen Durhams und Cumberlands, wo die nominelle Lohnsteigerung 30 bis 50 resp. 45 bis 70 Prozent betragen hat, also selbst in dem letzten Falle durchschnittlich unter dem Stand des Lebenshaltungsindex.

In der Maschinenbauindustrie liegen die Verhältnisse etwas günstiger, wenn auch hier noch ziemlich traurig: die tariflichen Wochenlöhne gelernter Arbeiter (im Zeitlohn) sind nur um 48 bis 49 Prozent, die der ungelernten um 82 Prozent gestiegen, bei einer Kürzung der regelmäßigen Arbeitszeit von 53 bis 54 auf 47 Stunden in der Woche. Im Durchschnitt bleiben die tariflichen Wochenlöhne in dem Maschinenbau etwas hinter dem Lebenshaltungsindex zurück. In der Schiffbauindustrie sind die Verhältnisse noch trauriger: die tariflichen Wochenlöhne der gelernten Arbeiter stehen hier nur 35 bis 44 Prozent über dem Vorkriegsniveau. die der ungelernten nur um 68 Prozent. Noch ernster ist

die Lage in der Eisenindustrie.

Hier gilt heute noch das System der gleitenden Lohnskala, wobei die Höhe des Lohnes mit den Preisen des Endprodukts schwankt; die Wochenlöhne schwanken hier entsprechend, je nach dem Distrikt, zwischen 20 und 70 Prozent über dem Vorkriegsniveau. In der Stahlindustrie beträgt die Lohnerhöhung 30 bis 35 Prozent.

Eine erfreuliche Ausnahme unter den Metallarbeitern bilden nur die Arbeiter der Elektroindustrie; auch hier ist die regelmäßige Arbeitszeit im Laufe der Jahre von 53 bis 54 auf 47 Stunden in der Woche herabgesetzt worden, die tariflichen Wochenlöhne aber zugleich durchschnittlich um 91 Prozent gestiegen.

Fast in allen übrigen Industrien, die von der Erhebung erfaßt wurden, ist die durchschnittliche Steigerung der tariflichen Wochenlöhne größer, oft wesentlich größer als die der Lebenshaltungskosten. Für die Textilindustrie, einen der bedeutendsten Zweige der englischen Industrie, sind allerdings die Ergebnisse der Untersuchung so buntscheckig wiedergegeben, daß sie in Kürze kaum übersichtlich geschildert werden können. Wir entnehmen daher einer früheren Quelle Angaben über die Steigerung der

Wochenverdienste der Textilarbeiter

(Männer, Frauen und Jugendliche insgesamt) von Juli 1914 bis Januar 1927; diese sind gestiegen in der

Industrie	von	auf	Steigerung
Baumwollindustrie	v. 19 Sh. 6 P.	auf 36 Sh. — P.,	d. h. um 85%
Wollindustrie . . .	v. 18 Sh 8.6 P.	auf 40 Sh 9.6 P.,	d. h. um 118%
Kammgarnindustrie	v. 16 Sh. 1.4 P.	auf 37 Sh. 9.6 P.,	d. h. nm 135%

bei einer gleichzeitigen Herabsetzung der normalen Wochenarbeitszeit von 54 bis 56 auf 48 Stunden.

In der Schuhindustrie sind die tariflichen Wochenlöhne von August 1914 bis September 1927 bei den gelernten männlichen Arbeitern von 27 bis 30 Schilling auf 60 Schilling, bei den Arbeiterinnen von 17 bis 18 Schilling auf 36 Schilling gestiegen, d. h. durchweg über 100 Prozent, bei einer gleichzeitigen Herabsetzung der regelmäßigen Wochenarbeitszeit von 52½ auf 48 Stunden. Im graphischen Gewerbe sind die Wochenlöhne der Handsetzer von 35 Schilling 8 Pence auf 73 Schilling 10 Pence, d. h. um 107 Prozent, die der Buchbinder von 33 Schilling 11 Pence auf 73 Schilling 7 Pence, d. h. um 117 Prozent gestiegen, bei einer Herabsetzung der Wochenarbeitszeit von 50 bis 51 auf 48 Stunden; in der Holz- und Möbelindustrie bei den Möbeltischlern von 39 Schilling 5 Pence auf 72 Schilling 9 Pence, d. h. um 84 Prozent, bei den Tapezierern von 38 Schilling 8 Pence auf 72 Schilling 8 Pence, d. h. um 88 Prozent, bei den Polierern von 37 Schilling 5 Pence auf 72 Schilling 7 Pence, d. h. um 94 Prozent, bei einer Herabsetzung der Arbeitszeit von 46½ bis 54 auf 44 bis 47 Stunden in der Woche; in der chemischen Industrie ist die Steigerung der Wochenlöhne gleich 105 bis 115 Prozent; in den Gas- und Elektrizitätswerken — für die ungelernten Arbeiter — um 106 resp. 98 Prozent.

Eine besonders wichtige Stelle in der englischen Volkswirtschaft nimmt das Baugewerbe ein. Hier sind die tariflichen Wochenlöhne — bei einer Herabsetzung der regelmäßigen Wochenarbeitszeit von 49½ auf 44½ Stunden — wie folgt gestiegen: Bei den

Beruf	von	auf	Steigerung
Maurern . . .	von 40 Sh. 7 P.	auf 74 Sh. 1 P,	d. h. um 82%
Steinsetzern . .	von 39 Sh. 7 P.	auf 74 Sh. 2 P.,	d. h. um 87%
Tischlern. . . .	von 39 Sh. 11 P.	auf 73 Sh. 11 P.,	d. h. um 85%
Klempnern . .	von 39 Sh. 8 P.	auf 74 Sh. — P.,	d. h. um 87%
Stukkateuren .	von 40 Sh. — P.	auf 75 Sh. 1 P.,	d. h. um 88%
Malern	von 36 Sh. 3 P.	auf 73 Sh. 4 P.,	d. h. um 102%
Hilfsarbeitern .	ven 27 Sh. — P.	auf 55 Sh. 11 P.	d. h. um 107%

Es sei noch erwähnt, daß bei den Eisenbahnern die Wochenlöhne um 100 bis 145 Prozent, bei den Straßenbahnern für die Wagenführer von 30 Schilling 11 Pence auf 59 Schilling 9 Pence, für die Schaffner von 27 Schilling 5 Pence auf 56 Schilling 2 Pence, d. h. entsprechend um 93 und 105 Prozent gestiegen sind. Bei den Dockarbeitern ist der tarifliche Tageslohn von 4½ Schilling bis 7 Schilling auf 11 bis 13½ Schilling gestiegen, bei einer Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit von 9 bis 10½ auf 8 Stunden.

Insgesamt standen die Wochenlöhne der englischen Arbeiter Ende September d. J. nach einer Schätzung des englischen Arbeitsministeriums, um 70 bis 75 Prozent höher als im August 1914, d. h. daß die Reallöhne durchschnittlich um 5 bis 6 Prozent über das Vorkriegsniveau gestiegen sind. Diese Schätzung muß als ziemlich vorsichtig betrachtet werden: auf Grund früherer englischen Statistiken wurde im vorigen Jahre der Index des Reallohnes für England für Juni 1925 vom Internationalen Arbeitsamt gleich 105 berechnet (gegenüber Juli 1914 gleich 100) seit Mitte 1925 bis Mitte 1927 soll der Reallohn in England — vorwiegend dank der Senkung der Lebenshaltungskosten — rund um 7 Prozent gestiegen sein („Revue International du Travail", 1927, Oktober, S. 58), der Index des Reallohnes soll also, nach diesen Angaben, heute etwa 112 betragen.

Diese Tatsache findet allerdings keine Bestätigung in dem Empfinden der englischen Arbeiterschaft, was nicht nur dadurch zu erklären ist, daß von den vier bedeutendsten Arbeitergruppen (Berg-, Metall-, Textil- und Bauarbeiter) die ersten zwei unter dem Vorkriegsniveau stehen, sondern auch dadurch, daß die Bedürfnisse der Arbeiterschaft — insbesondere die Kulturbedürfnisse — gegenüber den Vorkriegsverhältnissen merklich gestiegen sind, ohne bei den Berechnungen des Lebenshaltungsindex genügend berücksichtigt zu sein, was den Glauben an die Objektivität des Lebenshaltungsindex in den Augen der Arbeiterschaft stark erschüttert. Es gibt aber noch ein drittes Moment, das hier sehr schwer ins Gewicht fällt; dies ist die dauernde massenhafte Arbeitslosigkeit und eine häufigere Kurzarbeit als vor dem Kriege, die das Lebensniveau der Arbeiterklasse, als Ganzes betrachtet, schwer herabdrücken und die geringe Steigerung der realen tariflichen Wochenlöhne so gut wie völlig wettmachen.

Künstliche Wetterregulierung

Der Wunsch nach einer künstlichen Regulierung des Wetters erscheint wohl den meisten als Utopie. Aber solche Versuche sind schon sehr oft unternommen worden.

Als die ersten Weißen mit den Indianern Perus in Berührung kamen, machten die Europäer die Feststellung, daß diese Wilden es tatsächlich verstanden, das Wetter zu beeinflussen. Ihr Verfahren wird neuerdings in Amerika, vor allem in Kalifornien, ausprobiert, um die empfindlichen Obst- und Weinpflanzungen gegen den Nachtfrost zu schützen. Der Nachtfrost ist eine Naturerscheinung, die durch die schnelle Abkühlung des Erdbodens infolge des nächtlichen Temperaturfalles bewirkt wird, und sich auf eine ganz dünne Schicht unmittelbar über dem Erdboden beschränkt. Es kommt also nur darauf an, diese dünne Schicht entweder künstlich zu erwärmen, oder ihre Ausstrahlung zu verhindern. Das wird dadurch erreicht daß man durch die Verbrennung wasserhaltiger Stoffe, z. B. nasses Laubwerk, Stallmist oder Stroh hohe Temperaturen erzeugt und eine Mischung der unmittelbar über dem Boden liegenden Schicht mit der darüber liegenden wärmeren Luft herstellt.

Wichtiger aber als solche Versuche ist für die Landwirtschaft die eventuelle Erzeugung künstlichen Regens. Auch in dieser Hinsicht sind Versuche unternommen worden, die nicht als aussichtslos bezeichnet werden können. So stellt beispielsweise das Luftfahrtamt der amerikanischen Marine in Gemeinschaft mit dem Luftverkehrsamt Versuche an, die nach dem Prinzip der elektrischen Ladung von Staub- und Sandteilchen, die von Flugzeugen in den Nebel hineingeblasen werden, den Niederschlag

ausprobieren sollen. Von der erfolgreichen Durchführung dieser Versuche versprechen sich die zuständigen Stellen infolge des künstlichen Niederschlags eine wesentliche Erhöhung der Sicherheit im Luftverkehr.

Aber noch weit interessanter sind die Versuche des Erfinders William Haight. Er hat in der Nähe von Los Angeles einen Wetterturm erbaut, der eine Maschinenanlage besitzt, die starke elektrische Schwingungen in der Art der Schwingungen, die für den Rundfunk benutzt werden, erzeugt. Der Turm sendet durch eine nach oben gerichtete Elektrode seine Entladung in die Luft, wobei die positiven Elektrizitätsteile nach dem negativ geladenen Erdboden, die negativ nach den positiv geladenen Wolken und den oberen Luftschichten geleitet werden.

Zu diesem Zwecke wird ein Fordscher Gasmotor verwendet, der ein Dynamo von 12 KW. zur Erzeugung von Gleich- und Wechselstrom antreibt. Der Gleichstrom dieser Stromerzeugungsmaschine wird für die Beleuchtungszwecke und zur Lieferung von Kraftstrom für den Antrieb des Gebläses, das zur Kühlung der Löschfunken dient, gebraucht, während der gesamte Wechselstrom zur Ladung der Hochfrequenzspule benutzt wird. Der Wechselstrom wird zunächst von dem Dynamo durch einen Transformator gejagt, der die Spannung auf 12 500 Volt erhöht. Danach wird die Elektrizität in sieben Oelkondensatoren geleitet, nach deren Passierung sie durch die zu der Primärspule in Reihen geschalteten Löschfunkenstrecke gelangt und dort entladen wird. Die zu der Apparatur gehörige Sekundärspule bringt den Strom auf exorbitant hohe Spannungen, die etwa 1—1½ Millionen Volt erreichen. Danach wird der Strom von der den Turm überragenden Elektrode in die Luft geleitet.

Auf Grund der vorliegenden Berichte sollen bei ruhigem Wetter Wolken aus allen Himmelsrichtungen an den Turm gezogen werden, wobei eventuell starke Winde allerdings eine sehr große Beeinflussung ausüben. Haben aber die Wolken in einer Entfernung von mehreren Kilometern den nötigen Sättigungsgrad erreicht, dann kann innerhalb von 15—20 Minuten ein Niederschlag erfolgen. Es kann allerdings auch sein, daß die Maschine mehrere Stunden, mitunter sogar einen halben Tag tätig sein muß, bevor der Regen eintritt. Sehr interessant ist dabei die Feststellung, daß fast gleichzeitig mit dem künstlich erzeugten Regen eine starke Senkung des Barometers zu verzeichnen ist.

Dr. Carl Prinz.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6.

Allgemeine Tageseinteilung:

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Freitag, den 25. November 1927. 16.30—18: Walzernachmittag. — 18: Stunde und Wochenschau des Schlesischen Hausfrauenbundes Breslau. — 18.50 —19.20: Hans Bredow-Schule, Abt. Erdkunde. — 19.20—19.50: Die Uebersicht, Berichte über Kunst und Literatur. — 20: Bläserkammermusik. — 21: Heitere Stunde. — Anschließend: Die Abendberichte und Zehn Minuten Esperanto. — Hierauf Schallplattenkonzert.

Warschau — Welle 1111.

Freitag. 12: Wie vor. 15: Berichte. 16.40: Vorträge. 17.45: Nachmittagskonzert (Mandolinen-Orchester). 19: Vorträge. 20.15: Symphoniekonzert. 22: Tägliche Berichte.

Wien — Welle 517,2 und 577.

Freitag. 11: Vormittagsmusik. 16.15: Nachmittagskonzert. 17.20: Musikalische Kinderstunde. 17.40: Wochenbericht für Fremdenverkehr. 18: Der Motorradfahrer auf der Reise. 18.30: Stunde der Kammern für Handel, Industrie und Gewerbe. 19.30: Das Achensee-Kraftwerk. 20.30: Konzert des Wiener Lehrer-a-cappela-Chors.

Rom — Welle 450.

Freitag. 17.30: Wie Mittwoch. 18.30: Wie Dienstag. 18.45: Wie Dienstag. 20: Unterricht in Englisch. 20.40: Unterhaltungskonzert. Unterbrechungen: Humoristische Dialekt-Rezitationen. Andere Rezitationen. Anderes Programm wie Montag.

Mitteilungen
des Bundes für Arbeiterbildung

Katowice. Am Sonntag, den 27. 11. 1927, findet im Parteibureau des Hotel Central um 10 Uhr eine gemeinsame Sitzung der Wirtschaftskommission und des Vorstandes der Ortsgruppe Katowice statt, zu der sämtliche Delegierte aller Kulturorganisationen eingeladen werden.

Katowice. Am Dienstag, den 29. 11. 1927, spricht im Hotel Central, abends 7½ Uhr, Genosse Karg über Radio. Da der Vortrag ein höchst aktuelles Interesse hat, so ist zahlreiches Erscheinen Pflicht.

Kattowitz. Der Esperantokurs beginnt Montag, den 28. d. Mts., abends 8 Uhr, im Saale des Zentralhotels. Die Teilnehmer wollen pünktlich erscheinen und die Mitgliedskarte eines Kulturvereins, ein Stück Papier für Notizen und einen Bleistift mitbringen. Erwerbslose mögen außerdem noch ihre Erwerbslosenkarte bei sich haben, da nur gegen Vorzeigung dieser der Erlaß der Kursusgebühren erfolgt. Die Kursusgebühr beträgt für Mitglieder eines Kulturvereins 3,50 Zloty, für andere in unserer Bewegung Stehende 5 Zloty. Das Lehrbuch kostet 1,50 Zloty.

Zalenze. Freitag, den 25. Nvember, abends 7 Uhr, spricht im Golczykschen Lokale Dr. Bloch über „Geschichte der Ehe". Erwünscht ist es, daß die Genossinnen besonders zahlreich erscheinen. Für Mitglieder ist der Eintritt frei, Nichtmitglieder zahlen 30 Groschen.

Nowy Bytom (Friedenshütte). Am Donnerstag, den 24. November, abends 7 Uhr, findet im Postrachschen Lokal der fällige Vortragsabend des B. f. A. statt. An Stelle des Genossen Buchwald referiert Sejmabgeordneter Genosse Kowoll über ein politisches Thema.

Versammlungskalender

Kattowitz. Arbeiter-Schachverein. Sonntag, den 27. November, nachmittags 3 Uhr, gibt der Wojewodschaftsmeister Soika eine Simultanvorstellung. Gespielt wird an mindestens 20 Brettern in unserem Vereinslokal im Zentral-Hotel. Gäste und Schachfreunde stets willkommen.

Siemianowitz. Stiftungsfest der Arbeiterjugend. Am Sonntag, den 27. November, findet das erste Stiftungsfest der Arbeiterjugend, Ortsgruppe Siemianowice, abends um 6 Uhr, verbunden mit Theater, Volkstänzen und verschiedenen Aufführungen statt. Die Freien Gewerkschaften werden gebeten, sich recht zahlreich an dem Feste zu beteiligen, um die Jugendgruppe zu stärken. Eintritt: Sitzplatz 1 Zloty, Stehplatz 50 Groschen. Das Stiftungsfest findet im Generlichschen Saale statt.

Königshütte. Kriegsbeschädigte. Am Freitag, den 25. November, abends 7 Uhr, findet die fällige Monatsversammlung im Dom Ludowy, Kronprinzenstraße, statt. Ohne Ausweis kein Zutritt.

Königshütte. Am Donnerstag, 24 November, abends 7½ Uhr, findet im Büfettzimmer des Volkshauses, an der ulica 3go Maja 6 (Kronprinzenstraße) eine Mitgliederversammlung der D. S. A. P. statt. Als Referent erscheint Genosse Peschka-Kattowitz. Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird ersucht. Gäste willkommen.

Vermischte Nachrichten

Mordzeuge durchs Telephon.

Als der Neuyorker Rechtanwalt Peter Olde dieser Tage mit einem seiner Klienten, Herbert Meisterknecht, der eine größere Fabrik im Hochland von Neu Jersey besitzt, ein Telephongespräch führte, hörte er plötzlich ein merkwürdiges Knacken im Apparat. Die Stimme des Sprechenden brach plötzlich ab; einen Augenblick später wurden zwei Schüsse durch das Telephon gehört, dann erreichte ein Laut wie von einem dumpfen Fall und ein gurgelndes Seufzen das Ohr des Anwalts. Er telephonierte sofort an den Besitzer eines Eisenladens, der sich etwa 100 Meter von der Fabrik Meisterknechts befindet. Der Kaufmann eilte in die Fabrik, die zur Mittagszeit von allen Arbeitern verlassen war. Er achtete nicht auf einen Mann von zwergenhafter Figur in einem blauen Anzug, der an ihm vorbeistürzte, in seinen Kraftwagen sprang und davonfuhr. Im Innern der Fabrik fand er Kaufmann Meisterknecht, die Hand um den Telephonhörer geklammert, tot auf dem Boden. Eine Kugel war durch den Kopf gedrungen und fünf andere Kugeln steckten in seinem Körper. Ein Nachbar erklärte, daß der Zwerg der Schwager des Toten sei, der vor einigen Tagen Meisterknecht beschuldigt hatte, in Bigamie zu leben. Die Polizei verhaftete Frau Meisterknecht unter dem Verdacht, an dem Mord beteiligt zu sein, aber von ihrem Bruder ist bisher keine Spur gefunden. Die Neuyorker Blätter behaupten, daß der Ermordete, der deutscher Herkunft ist, im Kriege Kommandant eines deutschen Unterseebootes war.

Selbst ein guter Magen kann nicht alles vertragen.

Unter dieser Spitzmarke berichtet die bürgerliche Presse:

Im Gefängnis Mürau bei Olmütz erkrankte vor einigen Tagen der Häftling Toman, so daß er in das Landeskrankenhaus in Olmütz geschafft werden mußte. Durch eine Röntgenaufnahme wurde dort festgestellt, daß sich in seinem Magen und seinen Eingeweiden eine ganze Anzahl von eisernen Gegenständen befinden. Die Operation förderte zwei Hälften eines eisernen Ofenhakens, je 23 Zentimeter lang und 4 Millimeter stark, einen eisernen Löffelgriff, 27 Zentimeter lang, und den Griff eines Siebes zutage. — Uns scheint, daß hier weniger ein Witz, wie er in der Ueberschrift zum Ausdruck kommt, am Platze ist —: vielmehr menschliches Mitgefühl und Verständnis für einen Menschen, der, um die Pein des Gefängnisses loszuwerden, zu solchen Mitteln der Verzweiflung greift.